

Mit dem 1. Juli beginnt ein neues Abonnement auf die Deutsche Allgemeine Zeitung. Alle auswärtigen Abonnenten (die bisherigen wie neuereintretende) werden ersucht, ihre Bestellungen auf das nächste Vierteljahr baldigst bei den betreffenden Postämtern anzugeben, damit keine Verzögerung in der Versendung stattfindet. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 7 M. 50 Pf.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung sucht ein treues Bild der Zeitgeschichte zu liefern und dem täglich in reicher Fülle zufließenden Stoff ihren Lesern in möglichst ausführlicher und doch in geschickter Auswahl darzubieten. Sie nimmt in dieser Beziehung eine Mittelstellung zwischen den noch umfangreicheren Zeitungen und den Provinzial- oder Localblättern ein, und glaubt damit den Wünschen eines großen Theils der Zeitungsleser nachzukommen.

Die politische Richtung der Deutschen Allgemeinen Zeitung wird nach wie vor dieselbe sein: sie ist ein entschieden freisinniges, nach allen Seiten unabhängiges Blatt, das seine Ueberzeugung offen und rückhaltlos vertheidigt, aber auch den Gegnern Gerechtigkeit widerfahren läßt. Die Deutsche Allgemeine Zeitung erscheint nachmittags 4 Uhr, resp. (mit telegraphischen Börsenberichten) 5 1/2 Uhr. Nach auswärts wird sie mit den nächsten nach Erscheinen jeder Nummer abgehenden Posten versandt.

Inserate finden durch die Deutsche Allgemeine Zeitung, welche zu diesem Zwecke von den weitesten Kreisen und namentlich von den größeren industriellen Instituten regelmäßig benutzt wird, die allgemeinste und zweckmäßigste Verbreitung; die Inserationsgebühr beträgt für den Raum einer viermal gespaltenen Zeile unter „Ankündigungen“ 20 Pf., einer dreimal gespaltenen unter „Eingeklebt“ 30 Pf.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 23. Juni. Se. Maj. der Kaiser ist heute Vormittag mittels Extrazuges hier eingetroffen. Auf dem Bahnhofe waren die Oberpräsidenten v. Ende und v. Barbeleben, der Regierungspräsident v. Wurmb, der Gouverneur von Koblentz, v. Deyer, der Bürgermeister Brodyma, der Oberbürgermeister Thewalt anwesend; außerdem die Geistlichkeit, der Kriegerverein und ein zahlreiches Publikum. Vom Bahnhofe fuhr der Kaiser, welcher sehr wohl ausah, langsam durch die große Menschenmenge, welche Se. Maj. mit begeisterten Zurufen begrüßte, nach dem Curhause. Die Straße vom Bahnhofe nach dem Curhause war festlich mit Girlanden und Blumen geschmückt; gegen 1200 Schulkinder bildeten Spalier; das Wetter war prachtvoll. (Wiederholt.)

Stuttgart, 23. Juni nachmittags. Der Staats-Anzeiger für Württemberg enthält einen Artikel über den seitens Sachsens, Württembergs und Badens am 21. Juni in dem Bundesrathe eingebrachten Antrag, welcher dahin lautet, der Bundesrath wolle die Verathung der §§. 2 und 4 des Gütertariffentwurfes wieder aufnehmen und, unter vorläufiger Entbindung des Verfassungsausschusses von dem demselben erhaltenen bejährligen Auftrage, den Gegenstand behufs der Detailberathung über ein einheitliches Tariffsystem mit den dazu gehörigen Normaleinheitsfragen an einen außerordentlichen Ausschuss zurückerweisen. Dieser Antrag wurde, wie der Artikel des Staats-Anzeigers mittheilt, von dem Staatsminister v. Mittnacht damit begründet, daß die Geschäftslage die Einbringung des Entwurfes in den Reichstag doch nicht mehr zulasse und der Gegenstand daher seine Dringlichkeit verloren habe. Man könne deshalb die Versuche zu einer materiellen Verständigung wieder aufnehmen. Die vorgeschlagene Detailberathung seitens des Ausschusses sei jedenfalls nützlich. Ein Widerspruch hiergegen wurde nicht erhoben, die Verathung des Antrages jedoch auf Antrag Oldenburgs bis zur nächsten Sitzung vertagt. Auch bezüglich der am 17. Juni stattgehabten Sitzung

theilt der Staats-Anzeiger die in derselben abgegebene Erklärung des Ministers v. Mittnacht mit. Danach enthielt dieselbe außer dem Nachweise, daß eine Erweiterung der verfassungsmäßigen Befugnisse vorliege, eine Hinweisung auf die finanziellen Verhältnisse derjenigen Staaten, welche größere Staatsbahnnetze mit einer hohen Belastung ihrer Finanzen hergestellt haben. Der Reinertrag der württembergischen Bahnen bleibe derzeit schon hinter den Erfordernissen der Verzinsung des Anlagekapitals zurück. Der vorliegende Entwurf drehe eine weitere Verminderung des Ertrages herbeizuführen. Die württembergische Regierung bedauere somit, die Zustimmung zu dem Entwurfe auf ihre Verantwortung nicht nehmen zu können, glaube aber, daß es wünschenswerth sei, daß eine Feststellung allgemeiner Grundsätze über den Tarif und eine Vorkehrung gegen Mißbräuche in der Concurrenz erfolgen könnten, ohne daß tiefgreifende Änderungen der Zuständigkeit damit verbunden sein müßten. Die württembergische Regierung erkläre sich zur Mitwirkung an einer gesetzlichen Regelung in den angeführten Grenzen jederzeit bereit. Dieser Erklärung schlossen sich Sachsen und Preußen an.

Sachsen-Sachsen, 23. Juni. Fürst Gortschakow ist gestern Abend hier eingetroffen.
Strasbourg i. E., 22. Juni. Bei der heute im hiesigen Canton stattgehabten Wahl zur Erneuerung des zweiten Dritttheils der Bezirksvertretung ist der Advocatamalt Ferdinand Schneegans (Bruder des Reichstagsabgeordneten Schneegans) wiedergewählt worden. Derselbe erhielt 1286 von den abgegebenen 1435 Stimmen.

Paris, 22. Juni. Der frühere Polizeipräsident Piétri ist bei der in Ajaccio stattgehabten engern Wahl zum Senator gewählt worden.

Paris, 23. Juni. Das Gerücht, daß das bei Athen befindliche französische Geschwader beschlachtet habe, nach Alexandria zu gehen, entbehrt der Agence Havas zufolge der Begründung. Das Geschwader hat sich nur nach Salamis begeben, um die gewöhnlichen Manöverübungen vorzunehmen.

Paris, 23. Juni. Wie der Agence Havas aus Kairo vom 23. Juni, 4 Uhr 25 Min. nachmittags, gemeldet wird, gilt dort die Abdankung des Khedive als nahe bevorstehend.

Brüssel, 23. Juni. Der Conduct mit der Leiche des Prinzen von Dranien hat heute Mittag auf dem Wege nach Holland den hiesigen Bahnhof passiert.

Wien, 23. Juni abends. Meldungen der Politischen Correspondenz aus Belgrad vom 23. Juni: „Der Antrag Serbiens, den Grenzstreit bei Ablic durch ein serbisch-bulgarisches Schiedsgericht zur Entscheidung zu bringen, ist seitens Rußlands abgelehnt worden; die serbische Regierung hat infolge dessen den serbischen Commissar aus Zajcar abberufen. Inzwischen ist das strittige Gebiet bei Zajcar von den Russen besetzt worden. Die internationale Commission zur Regelung der Grenze zwischen der Türkei und Serbien hat sich nach Wranja begeben. — Der Ministerrath hat beschlossen, die große nationale Synagoga behufs Lösung der Frage wegen der Stellung der Juden auf den 15. Juli einzuberufen.“

Alexandria, 22. Juni. Talaat-Pascha hat sich in besonderer Mission nach Konstantinopel begeben.

Alexandria, 22. Juni. Die Generalconferenz von Deutschland und Oesterreich-Ungarn ist nach Kairo gegangen, um dort dem Auftrage ihrer Regierungen gemäß die Schritte der Vertreter Englands und Frankreichs bei dem Khedive zu unterstützen. (Wiederholt.)

Belgrad, 23. Juni. Die serbische Regierung wendete sich an die Großmächte mit dem Ersuchen, ihren Grenzstreit mit Bulgarien von einer internationalen Commission entscheiden zu lassen. (Wiederholt.)

Newyork, 23. Juni. Nach hier aus Mexico eingetroffenen, bisher nicht bestätigten Nachrichten hätte der General Negrete seine Unterwerfung angeboten. Ferner wäre der Vorschlag gemacht worden, die Amtsdauer des Präsidenten Diaz zu verlängern, welcher Vorschlag indeß die Zustimmung des letztern nicht gefunden habe.

Der Ausbruch des Aetna.

Der ausburger Allgemeinen Zeitung berichtet man aus Messina vom 16. Juni: „Es freut mich, Ihnen melden zu können, daß die Eruption des Aetna jetzt als beendet angesehen werden darf. Der Ausbruch hatte in der Nacht vom 1. auf den 2. Juni seinen Höhepunkt erreicht und nahm in den folgenden Tagen rasch ab. Der Lavaström im Thale war schon am 3. Juni theilweise ins Stoden gerathen; während ein Arm von 30—50 Metern Breite, einem Fiumarathale folgend, sich noch mehrere hundert Meter fortgewälzt hat, blieb die Hauptmasse des Stromes zurück und verlor am 4. und 5. Juni jegliche Beweglichkeit. Der schmale vorgeschobene Arm näherte sich dem Alcantaraflusse bis auf etwa 500 Meter, hielt aber alsdann ebenfalls in seinem Laufe inne. Die Einwohner von Bojso sind sehr geneigt, diesen Stillstand dem Einflusse des heiligen Antonius zuzuschreiben, dessen hölzernes Standbild sie aus der Kirche des Ortes an das Ufer des Alcantara gebracht und dort aufgestellt hatten, damit der Heilige dem Vordringen der Lava halt gebiete, oder, falls seine Macht dazu nicht reiche, selber zuerst das Schicksal erleide, welches er von dem unter seinem Schutze stehenden Orte nicht habe abwenden können.“

Der Ausbruch hat, theils an Zerstörung bebauter Länderstriche, theils an Schädigung der Ernten der umliegenden Gegend durch die Menge gefallener Asche, einen bedeutenden Schaden angerichtet, welcher jedoch kaum im Verhältniß zu dem Unglück steht, das eine längere Dauer der Eruption und die dadurch sicherlich

herbeigeführte Stauung des Alcantara verursacht hätte. Die diesjährige Eruption zählt zu den merkwürdigsten unsers Jahrhunderts, denn noch nie hat die Lava in so wenig Tagen — der Ausbruch hat im ganzen 12 Tage gedauert — eine solche Strecke Weges zurückgelegt, und nie ist in so kurzer Zeit ein solches Volumen feuriger Materien aus dem Erdenschoße emporgestoßen worden. Die Schnelligkeit, mit welcher der Lavaström voranrückte, ist, vom Terrain und Druck abhängig, sehr verschieden gewesen; während am 28. Mai die Masse um 4000 Meter in 24 Stunden vorgeschoben wurde, war am 2. und 3. Juni die durchschnittliche Geschwindigkeit auf 5 bis 2 Meter per Stunde vermindert worden. Vergleichsweise mag hier beigesagt werden, daß die Eruption von 1865 sieben volle Monate, die von 1852 vier Monate gedauert, und doch hat keine von beiden den Feuerstrom so tief in die bebauten Gegenden des Berges hinabgeschendet.“

Aus Newyork wird berichtet: „In einem Orte von Massachusetts hat ein Briefträger, zur Sekte der Adventisten gehörend, sein fünfjähriges Töchterchen hingeschlachtet in der Meinung, ein gottgefälliges Opfer zu bringen. Er theilte am Morgen des Todes seiner Frau mit, daß Gott ihm erschienen sei und ihm befohlen habe, sein Töchterchen als Opfer darzubringen. Die Frau, ebenfalls vom Wahnsinn befallen, war damit einverstanden, und so nahm der Vater sein Kind aus dem Bette, legte es auf den Tisch und erschlug es mit einem großen Fleischermesser. Die Eheleute sind überzeugt, daß Gott ihr Kind zu neuem Leben wiedererwecken werde. Merkwürdig ist, daß, obgleich der Mann schon acht Tage vorher geäußert hatte, daß Gott ihm eine Offenbarung gemacht habe, er doch bis zum letzten Augen-

blicke seinen amtlichen Geschäften mit gewohnter Pünktlichkeit nachging und niemand an ihm eine Geistesstörung bemerken konnte.“

Der fleißige Forscher in der Vorgeschichte der Rheinlande, Dr. C. Mehlis in Dürkheim in der Pfalz, hat wieder eine Reihe seiner Studien veröffentlicht, die außer genauen Beschreibungen und bildlichen Darstellungen von dort gemachten Funden auch einige novellistische Schilderungen aus jenen dunkeln Zeiten bieten und dadurch den alten Steinen, Gerippen und Waffenarten neues Leben einzuhauchen suchen. Diese eben erschienene Sammlung bildet unter dem Titel: „Studien zur ältesten Geschichte der Rheinlande“ (Leipzig, Duncker u. Humblot), die vierte Abtheilung der von dem anthropologischen Ausschusse des naturwissenschaftlichen Vereins der Rheinpfalz herausgegebenen Mittheilungen.

In Salt Lake City wurde der Mormone John Miles, der wegen Polygamie angeklagt worden, zu einer Gefängnisstrafe von fünf Jahren und einer Geldbuße von 100 Doll. verurtheilt. Es ist dies der zweite Fall einer Verurtheilung eines Polygamisten unter dem Gesetze der Vereinigten Staaten und hat diese Entscheidung um so größere Sensation in den betreffenden Kreisen hervorgerufen, als Miles augenblicklich gerade im Begriffe stand, auf Anrathen und mit Genehmigung des Vorkesers der Mormonenkirche, John Taylor, drei junge Mädchen zu gleicher Zeit zu heirathen.

In der Verlagshandlung von Costenoble in Jena erscheint demnächst folgendes Werk: „Cypern. Seine alten Städte, Gräber und Tempel. Von Louis Palma di Cesnola. In autorisierter deutscher Bearbeitung von Ludwig Stern. Mit einleitendem Vorwort von Georg Ebers.“ Die Besprechung durch einen so namhaften Kenner des Gegenstandes wie Professor Ebers dient der Schrift zur Empfehlung.

e/S.
it, vorzüglich
is z. an den
ection.
n.
n Kreise.
en Bestre-
Original-
stetig und
Nachrichten,
M. 4,50.
jährlich
entgegen
für die
M. 4,50.
ieten des
Herrn Dr.
issenschaft.
zur Ver-
von Pa-
edra ch.
chste Ver-
andbt von
268—69)
je 20.
pholen.
litisch
in der
gesunde-
theidigt.
son der
arischer
Auswahl
sich die
a Presse
Handels-
Abends
neuesten
Quartal.
1876—1877
breitung
tion.
r. — Grn-
n. — Grn-
a ein Sohn.
er in Frei-
us Doyer,
Frau Marie
g. — Frau
Länge; in
Dile, geb.
Dr. Johann
in Leipzig.

Vom Deutschen Reichstage.

O Berlin, 23. Juni. Präsident v. Seydewitz eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 35 Min. mit der Verlesung von 20 Urlaubsgesuchen, die sämtlich genehmigt werden. Davon erstrecken sich 18 auf Fristen von zwei bis acht Tagen, 2 auf eine Zeit bis zu vier Wochen.

Abg. Gbrj zeigt an, daß er vom 1. Oct. d. J. ab zum Oberlandesgerichtsrath ernannt sei, und fragt an, ob wegen dieser Beförderung im Justizdienste eine Mandatsniederlegung vor dem 1. Oct. erforderlich sei. Das Schreiben geht wie die früheren analogen Anfragen zur Berichterstattung an die Geschäftsordnungscommission.

Es ist ein neuer Nachtrag zum laufenden Reichsetat eingegangen, desgleichen ein Gesetzentwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Teterchen nach Diedenhofen.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet die erste und zweite Berathung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Sicherung der gemeinschaftlichen Zollgrenze in den vom Zollgebiete ausgeschlossenen bremischen Gebietstheilen.

Ohne Debatte nimmt das Haus den Entwurf an. Es folgt die dritte Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Verfassung und die Verwaltung Elsaß-Lothringens.

In der Generaldebatte nimmt das Wort zunächst **Abg. Grad**:

Der vorliegende Entwurf knüpft an einen Beschluß an, den der Landesausschuß von Elsaß-Lothringen am 7. März d. J. gefaßt hat. Mir als einem Mitgliede des Landesausschusses möge es gestattet sein, zu entwickeln, wie weit die Vorlage unsern Beschließen und Wünschen entspricht. Ich werde nicht in die Details eingehen, die ja in erster und zweiter Berathung hinlänglich besprochen worden sind, sondern mache nur folgende allgemeine Gesichtspunkte geltend: Was gewähren uns die verbliebenen Regierungen und was fordert der Landesausschuß? In seiner Sitzung vom 7. März zu Straßburg forderte der Landesausschuß für die Reichslande eine constitutionelle Regierung, eine parlamentarische Vertretung mit dem Rechte der Initiative, und sprach den Wunsch aus, es möchte Elsaß-Lothringen eine Verfassung als deutscher Bundesstaat mit dem Sitze der Regierung in Straßburg und einer Vertretung des Landes im Bundesrathe erhalten; es war der Wunsch nach einer Regierung durch das Land selbst; für den Landesausschuß volle Selbständigkeit mit dem Rechte der gesetzgeberischen Initiative, der Definitivität seiner Verhandlungen und der Inviolabilität seiner Mitglieder. Die Vorlage erfüllt nun einen Theil dieser unserer Wünsche; der Sitz der Regierung soll nach Straßburg verlegt werden; der Kaiser delegirt einen Theil seiner Souveränitätsbefugnisse an einen Statthalter, der Reichskanzler einen Theil seiner Verwaltungsbefugnisse an das Ministerium; es wird ein Staatsrath gebildet. Statthalter, Ministerium und Staatsrath sollen ihren Sitz in Straßburg haben, dem Statthalter wird das Recht gegeben, commissarische Vertreter der Reichslande in den Bundesrath zu senden, dem Landesausschuß das Recht der Initiative zuerkannt. Diese Gewährungen bieten uns Vortheile, die wir anerkennen, enthalten aber auch Bestimmungen, denen ich und meine politischen Freunde ihren Beifall nicht geben können. Durch den Wegfall der doppelten Instanz Straßburg-Berlin ergibt sich der Vortheil, daß Geschäfte in Verwaltungssachen rascher werden erledigt werden; allein die neue Verwaltung legt uns auch unerwartet große Kosten auf. Durch den vorgeschlagenen Wahlmodus bleibt uns auch das Institut der officiellen Candidaturen erhalten, da die deutsche Verwaltung durch allerlei Mittel auf die Resultate der Wahlen einzuwirken und die Volkvertretung nicht wie anderswo eine Controle der Verwaltung auszuüben vermag.

Daß ferner die bisherigen Ausnahmemaßregeln als normale Zustände durch die Beibehaltung des Dictaturparagraphen fixirt werden sollen, können wir nicht billigen, während das Institut der officiellen Candidaturen unser demokratisches Gefühl aufs tiefste verletzt. Entweder ist das Reichsland eine fortwährend drohende Gefahr für das Reich, oder die Elsäßer haben sich seit der Annexion erfahrungsmäßig ruhig erwiesen; in dem letztern Falle war es doch nicht angebracht, diese Ausnahmemaßregeln aufrecht zu erhalten, denn Vertrauen erweckt Vertrauen! Von einem Mißbrauch des Dictaturparagraphen wird allerdings keine Rede sein können; der Name Mantuffel ist uns Bürge dafür, daß die Verwaltung jetzt wieder mit der selben Unparteilichkeit und Gerechtigkeit geführt wird, welche die Verwaltung auszeichnete, als sie sich in den Händen des Generalcommandos der Occupationarmee in Nancy befand. Mehr als Unparteilichkeit und Gerechtigkeit verlangen wir nicht; ich muß gestehen, wären die Behörden bisher nur nach solchen Grundsätzen verfahren, Sie hätten die häufigen Klagen, die wir als Vertreter hier erheben mußten, nicht gehört. Wie wir uns gegen den Dictaturparagraphen beschweren, müssen wir auch die Gefahr der officiellen Candidaturen betonen, welche selbst zur Zeit der Napoleonischen Präfectenwirtschaft nicht so gebilligt haben als in der jüngsten Zeit. Bei den letzten Reichstagswahlen haben unsere Kreisdirectoren officiell als Wahlcandidaten figurirt und gestatten den opponirenden Parteien nicht, Wahlauftrufe zu verbreiten. Ich selbst bin zweimal zu dreiwöchentlichem Gefängniß durch das Bezirksgericht zu Kolmar verurtheilt worden, weil ich einen harmlosen Wahlauftruf ohne Genehmigung des Bezirkspräsidenten vertheilt hatte. Insbesondere thaten sich die Herren Kreisdirectoren von Metz, Saargemünd, Saarburg und Weiskenburg hervor. Ich hat den Herrn Generalprocurator zu Kolmar, gleichzeitig auch diese für ihre Geselbvertretungen zur Verantwortung zu ziehen; er konnte sich aber nicht dazu entschließen, um die Würde und das Ansehen dieser Herren als öffentlicher Beamten nicht zu schädigen. War denn in diesem Falle nicht das Gesetz für alle gleich?

Wir können die höhere Etatbelastung nicht ohne weiteres annehmen. In seiner letzten Sitzung hat der Landesausschuß

schuß der Ausgabe von 500000 M. verzinslicher Anweisungen bestimmen müssen. Unser Budget ist keineswegs glänzend starr und hier tritt dem Ordinarium eine Summe von 528000 M. hinzu! Von 1876-89 ist das Ordinarium um 3 Mill. M. gestiegen, um viel mehr also als die entsprechenden Ausgaben in Deutschland oder Preußen. Unsere Kreisdirectionen kosten uns 428000 M., während in Preußen 170-200000 M. genügen. Bei den neuen Besoldungen müssen dann auch die sogenannten Ortszulagen berücksichtigt werden; diese betragen bisher schon circa 1 Mill. M. und werden nach dem neuen Etat auf ungefähr 1,200000 M. steigen. Das sind schwere Bedenken, die wir gegen den vorgeschlagenen Etat haben, den Dictaturparagraphen abzulehnen ist für uns aber eine question de dignité, da wir auf einer größern Freiheit für die Presse und auf Gleichstellung mit den deutschen Verhältnissen bestehen müssen!

Abg. Windthorst:
Den Standpunkt, welchen wir der Vorlage gegenüber einnehmen, habe ich bereits wiederholt dargelegt. Wir stimmen gern für die Vorlage, weil wir darin den Beginn für die Entwicklung verfassungsmäßiger Zustände sehen, welche die Reichslande so sehnlichst wünschen. Aber wiederholt muß ich auf ein Bedenken zurückkommen. Man ersieht aus dem Gesetze nicht, wer über die Angelegenheiten von Elsaß-Lothringen den unmittelbaren Vortrag bei Sr. Maj. dem Kaiser haben wird. Ich habe diese Frage bereits in der zweiten Lesung an die Reichsregierung gerichtet, leider ist mir keine Antwort zu Theil geworden. **Abg. v. Puttkamer-Fraustadt** hat angebeutet, daß dieser Vortrag nur dem Statthalter zuzuführen sei; es ist ein Widerspruch nicht erfolgt. Ich nehme also an, daß keine Zwischenstufe zwischen Kaiser und Statthalter bestehen soll. Nun kann doch der Statthalter persönlich nicht allzu oft von Straßburg nach Berlin reisen, es ist also sein directer Vortrag nicht anders zu ermöglichen als dadurch, daß er sich schriftlich an das Cabinet Sr. Maj. wendet, und ein Cabinetrath erhält dadurch bedeutenden Einfluß, daß er über diese Angelegenheiten den Vortrag beim Kaiser hat. Ich wollte auf diesen Umstand doch heute schon hinweisen. Außerdem muß ich auch wiederholt mein Bedauern darüber aussprechen, daß der Dictaturparagraph, jener so vielfach bedauerte und bekämpfte §. 10, auch ferner bestehen soll. Ich stelle heute wegen dessen Beseitigung keinen besondern Antrag, weil ich von dessen Ausschüttelbarkeit überzeugt bin. Indem ich aber für das ganze Gesetz stimme, erkläre ich ausdrücklich, daß ich damit jenen §. 10 durchaus nicht sanctioniren will.

Abg. Bezanson (lothringischer Protestler) verliest eine Erklärung, worin er in seinem und seiner politischen Freunde Namen seinem Bedauern darüber Ausdruck gibt, daß der Dictaturparagraph noch weiter bestehen solle; solange derselbe in Geltung sei, bestünde sich das Land im Kriegszustande.

Abg. Rablé schließt sich diesen Ausführungen an: Durch diesen §. 10 werde auch den Gemeinden, welche durch Regierungskommissarien verwaltet werden, das Wahlrecht zum Landesausschuße entzogen. Besonders viel habe Straßburg zu dulden; es gebe wol keine zweite Stadt, welche in zehn Jahren so viel durchgemacht habe; 1870 habe es das furchtbare Bombardement erlitten, und als es sich zu erholen begann, sei im Jahre 1873 aus frievolen Gründen der Bürgermeister abgesetzt worden. (Oho! Unruhe.) Seitdem werde die Stadt commissarisch verwaltet.

Präsident v. Seydewitz:
Es ist die Äußerung gebraucht worden, ein Beamter sei aus einem „frievoles“ Grunde abgesetzt worden. Ich muß den Ausdruck für unparlamentarisch erklären.

Abg. Rablé:
Ich habe den Ausdruck nicht in dem verletzenden Sinne gemeint, wie er aufgefaßt zu sein scheint. Ich wollte sagen „geringschätzig“, nehme aber den Ausdruck gern zurück. (Bravo!)

Abg. Schneegans:
Meine Freunde und ich erkennen es dankbar an, daß die neue Verfassung einen sehr bedeutsamen Fortschritt für das Reichsland bedeutet nach drei Richtungen hin. Erstens wird der Schwerpunkt der Verwaltung von Berlin nach Straßburg verlegt, sodann wird die Competenz unsers Landtages bedeutend erweitert, und drittens erhalten wir die so lange ersehnte Vertretung im Bundesrathe. So dürfen wir von dem Entwurfe erwarten, daß er dazu beitragen werde, die geistliche Weiterentwicklung Elsaß-Lothringens kräftig zu fördern. Sind wir so weit gelangt, dann müssen wir den Räumern Dank sagen, die nach dieser Richtung hin stets gearbeitet haben, der Majorität des Landesausschusses. Ehre, dem Ehre gebührt! (Bravo!) Ich kann aber nicht zugeben, daß der Hr. College Grad vorhin im Namen dieser Mehrheit gesprochen hätte, er gehört im Landesausschuße zu der Minorität. Er sagte dann beläufig, er sei auch Demokrat; aber ein Demokrat, der die Norddeutsche Allgemeine Zeitung mit Correspondenzen vertheilt, kommt mir doch sonderbar vor. (Heiterkeit.) Wenn die neue Verfassung erst in Kraft sein wird, so hoffe ich, es wird gelingen, Hand in Hand mit der Regierung dahin zu wirken, daß der Dictaturparagraph aufgehoben werden kann, und daß in Straßburg bald wieder eine geordnete Stadtverwaltung Platz greift. Zu der Person des Statthalters, den uns die Reichsregierung zu senden denkt, haben wir von vornherein das feste Vertrauen, daß er die eigenartigen Verhältnisse und Bedürfnisse des Reichslandes zu verstehen und zu berücksichtigen vermag und daß sein Wirken bei uns ein segensreiches sein wird für Reich und Reichsland. (Bravo!)

Die Discussion wird geschlossen. Persönlich bemerkt **Abg. Grad**:

Dem **Abg. Schneegans** will ich bemerken, daß ich mir gar nicht das Recht anmaßte, im Namen des Landesausschusses, resp. seiner Majorität zu sprechen. Wenn er dann meine Correspondenzen über wirtschaftliche Dinge erwähnt, die ich an die Norddeutsche Allgemeine Zeitung gesendet habe, so bemerke ich, daß ich ähnliche Beiträge ja auch für das Elsäßer Journal geliefert habe.

Ohne weitere Debatte wird hierauf die Vorlage mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit angenommen.

Es folgt die erste und zweite Berathung des Nachtragsetats im Belaufe von 528945 M., der

durch die in der Vorlage vorgesehene Organisation der reichsständischen Vermittelung nötig geworden ist.

Unterstaatssecretär Herzog:
Die für die reichsständischen Beamten vorgesehene Gehälter erreichen nicht ganz die Höhe der Gehaltsätze, mit denen analoge Stellen in den nichtreichsständischen höchsten Reichsämtern bedacht seien. Von übergroßer Freigebigkeit gegen die Beamten könne also nicht wohl die Rede sein. Der an die Statthalter zu zahlende Gehalt von 200000 M. nebst 15000 M. Reiseflohen rechtfertige sich durch die Eigenart dieses neucreirten Amtes, für das der Reichsetat kein Präcedenz aufzuweisen habe. Ein Staatssecretär erhalte 36000 M., 3 Unterstaatssecretäre je 21000 M., 19 Ministerialräthe 5100-9000 M. Jahresgehalt. Die Zahl der Beamten vermehre sich nur um 8 Köpfe; der Etat steige um 528945 M., doch werde der Reichstag, der soeben die Nothwendigkeit der Organisation anerkannt, jetzt die Mittel zu deren Durchführung sicher nicht verweigern. (Bravo!)

Abg. Guerber:
Wenn Sie die eben angenommene Verfassung ein großartiges Vertrauensvotum nennen, so scheint mir dieser Etat ein großartiges Misstrauensvotum, denn es werden hier Ansprüche an unsere Steuerkraft gestellt, die alle unsere Befürchtungen noch weit hinter sich lassen. Das ist Elsaß-Lothringen ein reiches Land, aber auf diesem Wege werden wir bald genug dahin kommen, daß die Ausgaben die Einnahmen überschreiten. Und wir werden nicht stehen bleiben, wozu die Vorlage uns stellt, sondern weiter gedrängt werden, wie in den letzten Jahren überhaupt seit eine Ausgabe die andere nach sich gezogen hat. Die Gehälter sind viel zu hoch normirt; der Statthalter hat ein Gehalt, das in gar keinem Verhältnisse zum Einkommen des Oberpräsidenten steht, der sich heute an der Spitze der Verwaltung des Reichslandes befindet. Die Ortszulagen sind ganz zwecklos. Ich behauere, daß man es nicht für nötig gehalten hat, den Etatentwurf vorher dem Landesausschuße vorzulegen. Aber die Repräsentanten der Steuerzahler sind gar nicht gefragt worden. Das hätten wir aber wol verlangen dürfen. Meine Freunde und ich können dieser Vorlage nicht zustimmen.

Abg. Windthorst:
Es ist ein Widerstand, wenn wir Gelder bewilligen sollen, die Elsaß-Lothringen bezahlt. Es ist einzig und allein in der Ordnung, den Landesausschuß mit der Sache zu befragen. Ich möchte höchstens ein Pauschquantum bewilligen, um nachher die Einzelbewilligungen durch den Landesausschuß aussprechen zu lassen. Eventuell beantrage ich die Verweisung der Vorlage an die Budgetcommission. Die vorgeschlagenen Gehälter sind denn doch zu exorbitant; 36000 M. für den Staatssecretär und 21000 M. für die Abtheilungsvorsteher! In keinem deutschen Mittelstaate gibt es etwas Derartiges; kein Minister in Bayern z. B. hat annähernd gleiche Einnahmen; man hätte sich doch an die Verhältnisse des Großherzogthums Baden halten sollen. Ich habe seinerzeit in einem Lande, das an Leistungsfähigkeit dem in Rede stehenden nichts nachgab, zuerst 4000, später 6000 Thlr. erhalten, hatte keine Repräsentation, keinen Wohnungsgeldzuschuß, keine Ortszulage — und doch ist alles sehr gut gegangen. (Große Heiterkeit.) Für einen Unterstaatssecretär sind 15000 M., für den Staatssecretär 24000 M. vollständig genügend. Ich beantrage also Verweisung der Vorlage an die Budgetcommission.

Abg. North:
Als Mitglied des Landesausschusses mit den Verhältnissen des Landes genau vertraut, kann ich versichern, daß wir jährlich 2 Mill. M. Ersparnisse machen, die sich, wenn infolge der Tarifreform die Matricularbeiträge wegfallen, noch um 3 Mill. vermehren werden. Unsere Finanzverhältnisse sind sehr glänzende; das Land kann die neu in den Etat eingeführten Posten sehr gut tragen; die Ansätze selbst sind keineswegs zu hoch bemessen. Was wollen 36000 M. für den Staatssecretär sagen, wenn früher ein bloßer Präfect 40000 Frs. erhielt, daneben eine Amtswohnung, wie man sie jetzt für den Statthalter bestimmt, wahrscheinlich aber noch viel luxuriöser ausgestattet? Gleichermassen entsprechen auch die Gehälter der Unterstaatssecretäre durchaus den Verhältnissen.

Abg. Dr. Simonis kann sich den Ausführungen des Vorredners nicht anschließen:

Die Exemplification auf die früheren französischen Verhältnisse treffe nicht zu, wenn man bedenke, daß eine einzige Kreisdirection dem Lande ebenso viel koste als früher alle Unterpräfecturen zusammen. Auch mit der Finanzlage im allgemeinen sei es durchaus nicht so rosig bestellt, wie es der Vorredner dargestellt habe, vornehmlich drücke die Weinstener schwer auf die Bevölkerung und vergeblich habe man bisher eine Aenderung erstrebt. Redner schließt sich dem Antrage Windthorst an.

Abg. v. Puttkamer-Fraustadt:
Die Ausführungen des **Abg. Guerber** beweisen nur, daß derselbe den Verhandlungen des Landesausschusses nicht mit der gebührenden Aufmerksamkeit gefolgt ist; sonst würde er mehrfach belehrt worden sein, daß das Gegentheil von seinen Ausführungen zutrifft. Auch **Dr. Simonis** erweist sich als sehr schlecht unterrichtet; die französischen Unterpräfecten waren sehr reichlich mit 10000 Frs. besoldet und zum mindesten ebenso theuer als die jetzige Verwaltung. Im Allgemeinen sind die geforderten Sätze nicht übermäßig hoch, wie auch ein Vergleich mit dem Großherzogthum Luxemburg und der dort bestehenden Statthaltertschaft beweist. Redner berührt dann noch die Frage der geplanten Errichtung einer driten Abtheilung für Landwirtschaft, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, deren baldige Verwirklichung er dringend wünscht und in zweiter Lesung beantragen wird, und bittet das Haus, die zweite Lesung des Etats im Plenum vorzunehmen.

Bevollmächtigter zum Bundesrathe Unterstaatssecretär Herzog:

Ich bitte ebenfalls, den Antrag des **Abg. Windthorst** abzulehnen und die zweite Lesung im Plenum vorzunehmen. Die Ausführungen desselben bezüglich der Etatverhältnisse sind meist nicht zutreffend, doch noch viel weniger die Behauptungen von einem angeblichen Steuerdruck in Elsaß-Lothringen. Auch die Weinstener bringt jetzt lange nicht so viel als früher und ist in keiner Weise als drückend zu bezeichnen.

Hieraus weisung d In zu men, für Bureau (17600 Das antragt A Der an der S Inneres und Bau fest. Abg. staatssecr Abg. Man und den gen leibe feit.) Ra das spätere Abg. Die F wie im würde ab andern Pa gebe. Samkeit ei Finanzwa was deut Abg. Ich si finanzen z meinen ei Ich bin ir nötig ist. schritt un wir die U uns im E Berathung vornehmlich Richter- Abg. Auch an Beam Gehälter, gleiche mi ganz and in Elsaß- hohe Gehä die versch zweinam trag Win Nach daß er g einzunem des Antr Abg. 19 Mini 20 zu b 9900 M 107 Sti Durc horst zw rathen d gierungste Unte Zweifel vier Unt irgendwe Abg. worauf den Eta graphen Es betreffen zum Rei Etatsjak Nam Abg. v. 1) be treffend h Haushalte des Bar betreffend Beschluß entwürf Abg. ruhe des „berechti entgegen die Reio und ein Anspruch Abg. des Eta gesproch tag viel zu besch feit der industria Die obengen In Liquidat des Ge

Hierauf wird der Antrag Windthorst auf Ueberweisung des Etats an die Budgetcommission abgelehnt. In zweiter Lesung werden die geforderten Summen, für den Statthalter (215000 M.), für dessen Bureau (21475 M.) und die sonstigen Ausgaben (17500 M.), zusammen 254025 M., bewilligt. Das Gehalt des Staatssecretärs, 36000 M., beantragt Abg. Windthorst auf 24000 M. zu ermäßigen. Der Antrag wird abgelehnt.

Der Etat setzt ferner für drei Unterstaatssecretäre an der Spitze von drei getrennten Abtheilungen (1) für Inneres, 2) Justiz und Cultus, 3) Finanzen, Forsten und Bauten) je 21000 M. nebst 1500 M. Ortszulage fest. Abg. v. Puttkamer-Fraustadt beantragt, vier Unterstaatssecretäre statt deren nur drei zu bewilligen.

Abg. Windthorst: Man möge es bei der Vorlage der Regierung belassen und den Gehalt auf 15000 M. ermäßigen. Elsaß-Lothringen leide an einer Ueberproduction von Beamten. (Weiterkeit.) Man sei heute viel zu bewilligungslustig und würde das später bereuen.

Abg. Richter-Dagen: Die Finanzlage der Steuerzahler in den Reichslanden wie im übrigen Deutschland sei gleich schlecht, die Lage würde aber noch schlechter werden, wenn das Centrum allen andern Parteien in der Bewilligung von Schutzgöllen vorangehe. Wenn Hr. Abg. Windthorst heute so sehr für Sparsamkeit eintrete, so möge er doch die Gelegenheit bei den Finanzgöllen nicht vorübergehen lassen, dem Lande zu zeigen, was deutsche Sparsamkeit sei.

Abg. Windthorst: Ich stimme für die Schutzgölle, nicht um die Reichsfinanzen zu vermehren, sondern weil ich dadurch im allgemeinen eine Besserung der Verhältnisse im Lande erwarte. Ich bin immer sparsam und bewillige nur das, was absolut nöthig ist. Es wäre mir lieb, wenn die Herren vom Fortschritt uns besser unterstützen würden, nicht wie heute, wenn wir die Ueberweisung an die Budgetcommission beantragen, uns im Stiche lassen und dadurch, daß sie für die zweite Berathung im Plenum stimmen, ihre Bewilligung von vornherein gewissermaßen aussprechen. Dies bitte ich Hrn. Richter-Dagen sich so notum zu nehmen.

Abg. v. Kleist-Regow: Auch mir scheint ein gewisser embarras de richesses an Beamten in Elsaß-Lothringen vorzuliegen. Auch die Gehälter, welche die Vorlage aussetzt, scheinen mir im Vergleich mit den unserigen etwas hoch; indessen liegen dort ganz andere Verhältnisse als bei uns vor, auch hat man in Elsaß-Lothringen zur französischen Zeit ganz exorbitant hohe Gehälter gezahlt. Zudem ist es doch auch nöthig, daß die verschiedenen Gehälter in einem gewissen Verhältnisse zueinander stehen. Darum möchte ich Sie bitten, den Antrag Windthorst abzulehnen.

Nachdem Unterstaatssecretär Herzog erklärt hat, daß er gegen den Antrag Puttkamer-Fraustadt nichts einzuwenden habe, wird derselbe — nach Ablehnung des Antrages Windthorst — angenommen.

Abg. v. Puttkamer-Fraustadt beantragt ferner, statt 19 Ministerialräthe (wie die Regierungsvorlage will) 20 zu bewilligen, deren Gehalt zwischen 5100 und 9900 M. variirt. Der Antrag wird mit 115 gegen 107 Stimmen abgelehnt.

Durch diese Abstimmung wird es dem Abg. Windthorst zweifelhaft, ob nicht mit den 20 Ministerialräthen des Antrages Puttkamer auch die 19 der Regierungsvorlage abgelehnt seien.

Unterstaatssecretär Herzog beseitigt indessen diesen Zweifel durch die ironische Frage, ob denn etwa die vier Unterstaatssecretäre die ganze Arbeitslast ohne irgendwelche Ministerialräthe bewältigen sollen?

Abg. Windthorst zieht seinen Widerspruch zurück, worauf die Regierungsvorlage hier wie in den folgenden Statistiken angenommen wird. Auch die Paragraphen des Etatsgesetzentwurfs werden genehmigt.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtragsetats zum Reichshaushalt (Etat der Reichsdruckerei) für das Etatsjahr 1879/80.

Ramens der Budgetcommission beantragt hierzu Abg. v. Wendt:

1) den Etat der Reichsdruckerei und den Entwurf betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtrages zum Reichshaushaltetat für 1879/80 zu genehmigen; 2) die Petition des Vorstandes des Deutschen Buchdruckervereins zu Leipzig betreffend den Wirkungsbereich der Reichsdruckerei durch die Beschlußfassung über den vorstehend bezeichneten Gesetzentwurf als erledigt zu erachten.

Abg. Dr. Zimmermann macht unter großer Unruhe des Hauses, wie schon bei erster Lesung, auf die „berechtigten Bedenken“ aufmerksam, die der Vorlage entgegenstehen und in der Befürchtung gipfeln, daß die Reichsdruckerei die Privatindustrie schwer schädigen und eine Art Monopol für gewisse Industriezweige in Anspruch nehmen werde.

Abg. Dr. Stephanii constatirt, daß mit der Annahme des Etats keine Billigung der in der Denkschrift ausgesprochenen Grundsätze verknüpft sei, daß der Reichstag vielmehr völlig freie Hand behalte, den Etat künftig zu beschränken, wenn sich ergeben sollte, daß die Thätigkeit der Reichsdruckerei zu einer Schädigung der Privatindustrie führe.

Die Vorlage wird unverändert angenommen, die obengenannte Petition für erledigt erklärt.

In der nun folgenden zweiten Berathung der Liquidationen der auf Grund des Art. 5, Ziffer 1—7, des Gesetzes vom 8. Juli 1872 aus der französischen

Kriegskostenentschädigung zu erscheinenden Beträge wird auf Antrag des Referenten der Rechnungscommission, Abg. v. Reben-Lüneburg, die Summe der als gemeinsame Kriegskosten pro 1877/78 liquidirten Beträge auf 466555 M. 51 Pf. festgestellt; sowie die von Baden nachträglich nachgewiesenen gemeinsamen Kosten von 643149 M. 15 Pf. zur Deckung aus der Kriegskostenentschädigung angewiesen.

Ueber den Bericht der Reichs-Schuldencommission erstattet ebenfalls Abg. v. Reben Bericht; der Reichstag erteilt für die vorgelegten Rechnungen der Reichs-Schuldenverwaltung pro 1877/78 Decharge.

Hierauf verlagert sich das Haus bis morgen 12 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Zolltarif.

Deutsches Reich.

X Berlin, 23. Juni. Der Kaiser ist gestern Abend, wie bestimmt war, nach Ems abgereist und dort heute Vormittag im besten Wohlbefinden und bester Stimmung angelangt. Er gedenkt gegen Mitte Juli Ems wieder zu verlassen, dann Süddeutschland zu besuchen und von da gegen Ende Juli nach Gastein zu gehen, um von dort zunächst nach Berlin zurückzukehren. Entgegengesetzte Angaben dürften hiernach zu berichtigen sein. — Parlamentarische Nachrichten erwähnen eine Unterredung des Abg. Windthorst mit einem Rathe des Finanzministeriums über die Zahlungen an die Königin Marie. Die Angelegenheit ist in der That in das Stadium der Ausführung getreten. Die Königin hat unserer Regierung durch den Herzog von Altenburg ihren Dank für die bereitwillige Erfüllung ihrer Wünsche aussprechen lassen. Für die geschäftliche Ausführung der Abmachungen ist Windthorst ihr Vertreter. — Der Reichstag hat heute das neue Organisationsgesetz für Elsaß-Lothringen im ganzen definitiv angenommen. Die neue Organisation wird nun voraussichtlich am 1. Aug. ins Leben treten und zwar, wie jetzt festzustehen scheint, unter Berufung des Feldmarschalls v. Manteuffel als Statthalter. — Der Bundesrathsausschuß für Verfassungssachen war bereits zu einer Sitzung berufen, um die Frage zu prüfen, ob das Gesetz betreffend das Gütertarifwesen auf den deutschen Eisenbahnen eine Abänderung der Verfassung involvire. Der Ausschuß ist jedoch nicht in die Prüfung eingetreten, da kurz zuvor von Sachsen, Württemberg und Baden ein Antrag dahin eingebracht wurde: Der Bundesrath wolle die Berathung der §§. 2 und 4 des Gesetzesentwurfes wieder aufnehmen und, unter vorläufiger Entbindung des Verfassungsausschusses von dem ihm erteilten Auftrage, den Gegenstand an den außerordentlichen Ausschuß für das Gütertarifwesen zurückverweisen, um ein einheitliches Tariffsystem und die dazu nöthigen Normaleinheitsätze im einzelnen zu berathen. Dieser neue Antrag wird vom Bundesrathe in der nächsten Plenarsitzung berathen werden. — Große Aufmerksamkeit erregen hier fortgesetzt die Vorgänge in der Bonapartistenpartei. Aus dem verbreitetsten Blatte derselben ist zu ersehen, daß verschiedene Strömungen in der Partei sich geltend machen.

N.L.C. Berlin, 23. Juni. In der Frage der constitutionellen Garantien liegen der Tariffcommission jetzt folgende Anträge vor: 1) Antrag des Abg. v. Bennigsen: Entweder im Zolltarifgesetz oder in ungetrenntem Zusammenhange mit demselben nachstehende gesetzliche Vorschriften zu beschließen: Die Höhe des Zollsatzes vom Kasse und die Höhe des Zollsatzes sowie der Abgabe vom Salz werden für jedes Jahr im Reichshaushaltetat festgestellt. Ergibt sich im Reichshaushaltetat nach der im einzelnen erfolgten Feststellung der Einnahmen und Ausgaben ein Ueberschuß der ersteren, so ist derselbe im Etat den einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung zu überweisen.

2) Antrag des Abg. Fehrn. zu Frankenstein: Im Zolltarifgesetz nachstehende gesetzliche Vorschriften zu beschließen: 1) Derjenige Betrag der Zölle und der Tabaksteuer, welcher die Summe von . . . M. in einem Jahre übersteigt, ist den einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe der Bevölkerung, mit welcher sie zu den Matricularbeiträgen herangezogen werden, zu überweisen. Diese Ueberweisung erfolgt vorbehaltlich der definitiven Abrechnung zwischen der Reichskasse und den Einzelstaaten auf Grund der im Art. 39 der Reichsverfassung erwähnten Quartal-tractate und beziehungsweise Jahresabschlüsse. 2) Die Abgabe von Salz und die Zollsätze des Tarifs in Nr. . . . werden bis zum 1. April 1881 bewilligt und von da ab jährlich im Reichshaushaltetat festgesetzt.

Die National-Zeitung scheint mit den Vorschlägen des Hrn. v. Bennigsen einverstanden. Sie bemerkt: „Wie weit die conservative Partei und das Centrum sich diesem Antrage anschließen werden, muß sich bald ergeben. Für die Conservativen werden die constitutionellen Garantien vielleicht zu stark, für das Centrum die föderativen Garantien zu schwach sein. Es ist bei dieser Sachlage unmöglich, vorauszusetzen, in welcher Combination diese Garantieforderung schließlich entschieden wird. Das aber getrauen wir uns voraus.“

Hier ist der dreijährige Durchschnitt des bisherigen Ertragsüberschusses der Zölle und der Tabaksteuer einzusetzen. *) Die Tariffnummern zu bezeichnen wird im Laufe der Beratungen vorbehalten.

zusagen, daß an ihr der Tarif mit Schutz- und Finanzgöllen nicht scheitern wird. Das Centrum, welches mit dem Verlangen nach föderativen Garantien zu weit vorgegangen ist, scheint nichts anderes zu verlangen als eine Brücke zum Rückzuge, und die Conservativen sind an der Arbeit, an einer solchen zu bauen.“

N.L.C. Berlin, 23. Juni. Die Tariffcommission erlebte in ihrer heutigen Früh Sitzung zunächst die Nummern Glas, Kurzwaaren, Stroh- und Bastwaaren, Thonwaaren. Die Beschlüsse der ersten Lesung wurden bei allen diesen Nummern wiederholt. Bei Position 2: Baumwolle, wurde nochmals eine sehr eingehende und lebhafteste Debatte zu Gunsten der gefährdeten Interessen insbesondere Krefelds, Parnems und Eberfelds geführt — aber auch diesmal ohne Erfolg. Die auf Abänderung der Beschlüsse der ersten Lesung gerichteten Anträge, unter andern auch ein Antrag des Abg. Windthorst, blieben in der Minorität und es wurden die Beschlüsse der ersten Lesung mit der von dem Abg. v. Barnbäcker beantragten Aenderung angenommen, daß in c. 1 y. statt der Nummer 45—59 gesetzt ward Nr. 45—60. Für den Antrag Windthorst stimmten nur freihändlerische Mitglieder der Commission und einige gemäßigtere Schutzgöller der Liberalen; die Centrumsmitglieder stimmten sämmtlich gegen Windthorst. Es hat leider den Anschein, als ob angesichts des einmal abgeschlossenen Compromisses zwischen den Anhängern der höhern Roggenzölle und den Vertretern der Spinnerei auch die weiteren Bemühungen, eine Aenderung der Nr. 2 (Baumwolle) herbeizuführen, vergeblich sein würden.

Die Neue Preussische Zeitung schreibt aus Berlin vom 23. Juni: „Die vorzugsweise in fortschrittlichen Blättern colportirte Nachricht, daß die Regierung sich für die jetzige Session mit den Schutzgöllen begnügen und die Finanzgölle für die nächste Session aufsparen wolle, und die damit zusammenhängende Annahme, daß die Session etwa am 10. Juli schließen werde, beruht auf bloßen Parteimanövern. Der Reichskanzler ist weiter als je von einer solchen Vertagung seiner Pläne entfernt und würde zu einer beabsichtigten Trennung der Finanz- und Schutzgölle seine Zustimmung bestimmt nicht geben. Die parlamentarische Situation ist auch durchaus nicht danach angethan, daß er es nöthig hätte.“

Aus Berlin vom 21. Juni wird der ausburger Allgemeinen Zeitung geschrieben: „Das Gütertarifgesetz mit dem Vorschlage einer für alle Bahnen absolut verbindlichen einheitlichen Festsetzung der Tarife ist plötzlich wie in eine Versenkung verschwunden. Wenigstens in dieser Session wird der Reichstag mit diesem Elaborat nicht mehr befaßt werden. In dem Moment, wo der Verfassungsausschuß zusammentrat, um einen Referenten für die Berathung der Frage zu ernennen, ob die §§. 2 und 4 des Gesetzes eine Abänderung des Art. 45 der Verfassung enthielten, wurde ihm die Mittheilung, daß die Präsidialregierung es vorziehe, einen sachlichen Ausgleich herbeizuführen. Der Verzicht auf die Entscheidung der Verfassungsfrage ist natürlich nichts Geringeres als der Verzicht auf die Deposition der Einzelstaaten zu Gunsten des Reiches in der Frage der Festsetzung von einheitlichen Normaltarifen.“

In seiner am 21. Juni unter dem Vorsitz des Staatsministers Hofmann abgehaltenen 31. Plenarsitzung erteilte der Bundesrath dem vom Reichstage beschlossenen Aenderungen zu dem Entwurf einer Gebührenordnung für Rechtsanwälte die Zustimmung und nahm Kenntniß von der unveränderten Annahme des Gesetzes über die Controle des Reichshaushalts etc. für 1878/79. Eine Vorlage betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung und Verwaltung der Reichsausgaben in Elsaß-Lothringen wurde den zuständigen Ausschüssen überwiesen und demnächst über die Befugung zweier Stellen für ständige Mitglieder beim Patentamt Beschluß gefaßt. Ausschußberichte wurden erstattet über: a) den Entwurf eines Gesetzes wegen des Baues einer Eisenbahn von Teterchen nach Diefenhofen; b) den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Feststellung eines dritten Nachtrages zum Reichshaushaltetat (die Erwerbung von Grundstücken zur Errichtung eines Reichstagsgebäudes); c) den Entwurf eines Gesetzes wegen der Schiffsmeldungen bei den Consulaten. Die Gesetzentwürfe gelangten sämmtlich zur Annahme. Den Anträgen der berichtenden Ausschüsse gemäß wurden ferner Beschlüsse gefaßt über: a) das Verfahren bei der Ausstellung von Legitimationscheinen für den Gewerbebetrieb im Umherziehen für Gesellschaften, welche Musikaufführungen, Schausstellungen, theatralische Vorstellungen oder sonstige Lustbarkeiten öffentlich darstellen wollen; b) eine Beschwerde wegen Amtsmißbrauchs seitens eines Geistlichen; c) die Gesuche eines frühern Postleuten um Bewilligung von Pension etc.; d) die Ausführung des Gesetzes betreffend den Gewerbebetrieb der Maschinenfabrikanten auf Seebampfschiffen; e) den Entwurf einer Dienstweisung über Einziehung und Verrechnung der beim Reichsgericht in

Anfang kommenden Kosten. Ferner verständigte man sich über die gegenüber den Beschlüssen der Reichstagscommission zu dem Gesetzentwurf betreffend das Faustpfandrecht für Pfandbriefe einzunehmende Stellung. Schließlich wurden Commissionen für die Berathung von Vorlagen im Reichstage ernannt und mehrere neu eingegangene Eingaben den betreffenden Ausschüssen überwiesen.

Der Gesetzentwurf betreffend die Erhebung einer statistischen Gebühr ist von der mit Vorberathung dieses Entwurfs betrauten Commission in wesentlicher Weise verändert worden. Der §. 11 ist nach dem abgeänderten Antrage Stumm wie folgt von der Commission angenommen worden:

Die statistische Gebühr beträgt 1) bei ganz oder theilweise verpackten Waaren für je 500 Kilogramm 5 Pf. (die Vorlage wollte für jedes Kilo 5 Pf.); 2) bei unverpackten Waaren für je 1000 Kilogramm 5 Pf. (nach der Vorlage 10 Pf.); 3) bei Kohlen, Coaks, Holz, Getreide, Kartoffeln, Erzen, Steinen, Salz, Kobleisen, Cement, Düngungsmitteln und andern vom Bundesrathe zu bezeichnenden Massengütern in Wagenladungen oder Schiffen verpackt oder unverpackt für je 10000 Kilogramm (nach der Vorlage 5000 Kilogramm) 10 Pf.; 4) bei Pferden, Maulthieren, Oseln, Rindvieh, Schweinen, Schafen und Ziegen für je 5 Stück 5 Pf., für je 10 Stück 10 Pf.

Ferner wurde, die Redaction vorbehalten, beschlossen, daß auf ein und demselben Anmeldebeschein verschiedene Gegenstände verzeichnet sein können und nicht für jeden einzelnen Gegenstand ein besonderer Anmeldebeschein auszufertigen ist. Die Commission hat die erste Lesung des Gesetzes vollendet und den Abg. v. Knapp zum Berichterstatter ernannt.

Aus Berlin vom 23. Juni theilt der Deutsche Reichs-Anzeiger mit: „Der königliche Hof legt heute für Se. kaiserl. Hoh. den Prinzen Louis Napoleon, Sohn weiland Sr. Maj. des Kaisers Napoleon III., die Trauer auf acht Tage an.“

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 wird verboten die Verbreitung der in Genf in russischer Sprache erscheinenden periodischen Druckschrift „Kabat (Sturmglöck), Organ der russischen Revolutionäre“.

Preußen. Der Staats-Anzeiger theilt Folgendes mit: „Zeitungsredactoren, welche beleidigende Artikel aus andern Zeitungen entnehmen, treten nach einem Erkenntniß des Obertribunals vom 15. Mai d. J. dadurch nicht untereinander in ein Verhältniß als Teilnehmer an einem und demselben Delict, sondern jeder Redacteur ist selbständig für die durch seine Zeitung erfolgte Verbreitung verantwortlich. Die strafgerichtliche Verfolgung desselben kann deshalb nur auf Grund eines direct gegen ihn gerichteten Strafantrags erfolgen.“

Thüringische Staaten. Aus Thüringen, 22. Juni. Der Koburger Speciallandtag hat dem Gesetzentwurf über Nachversteuerung von Neubauten und Bauerweiterungen debattenlos seine Zustimmung erteilt. Von den dem Landtage noch zugegangenen Vorlagen sind bemerkenswerth: 1) Gesetzentwurf über die Ruhegehälter der Volksschullehrer, wonach nicht mehr die Gemeinden, sondern die Bezirksklassen diese Gehälter zu zahlen, die Gemeinden dagegen jährlich 4 Proc. der etatirten Lehrerbefoldung an die Bezirksklasse abzugewähren haben sollen; 2) einen Gesetzentwurf über die Abgaben der Feuer-versicherungsgesellschaften, wonach die Versicherungsanstalten diese Abgabe von den Versicherten in gar keiner Form sich wieder erstatten lassen dürfen. Zu widerhandlungen werden mit 50—300 M. eventuell mit Concessionsentziehung bestraft. — Die thüringische Industrie ist bei der Ausstellung in Sydney aus 12 Städten durch 21 Firmen vertreten; eine Specialität, die sich auch auf andern Ausstellungen (z. B. Paris) große Anerkennung erworben, liefert Lauscha auf dem Thüringerwalde, nämlich künstliche Menschenaugen, die eigentlich nur von zwei Firmen: Heubach u. Comp. und Ludwig Müller-Krei, gefertigt werden.

Bayern. Die Vermählung des Prinzen Friedrich von Hohenzollern, Oberstlieutenants und Commandeurs des 2. Gardebrigaderegiments, mit der Prinzessin Luise von Thurn und Taxis, ältesten Tochter des verstorbenen Erbprinzen Maximilian von Thurn und Taxis und dessen Witwe, der Erbprinzessin von Thurn und Taxis, Herzogin in Bayern, fand am 21. Juni in der Residenz des kaiserlich thüringischen Hauses zu Regensburg statt. In Gemäßheit der Bestimmungen des Civilheiratsgesetzes, nach welchen das fürstliche Haus von Hohenzollern zu derjenigen Kategorie gehört, für welche es dem Kaiser und Könige vorbehalten ist, den Standesbeamten zur Schließung einer Ehe zu ernennen, hatte sich der vortragende Rath im Ministerium des königlichen Hauses, Graf v. Uruh, nach Regensburg begeben, um den Civilact der Eheschließung vorzunehmen. Letzterer ging der Trauung um eine Stunde voran.

Spanien.

Der König Alfonso führte am 15. Juni in einer Sitzung der Akademie der moralischen und po-

litischen Wissenschaften zu Madrid den Vorsitz und hielt dabei eine Ansprache, in welcher er hervorhob, wie nothwendig der Geist der Association zur Erreichung aller hohen Ziele sei, und daß die Uebel, unter welchen Spanien leide, größtentheils dem Mangel jenes Geistes zuzuschreiben seien. Zum Schlusse drückte der König die Hoffnung aus, die jetzt in Spanien eröffnete friedliche Campagne werde dem Volke reichliche Früchte bringen.

Frankreich.

* Paris, 22. Juni. Der Temps sagt: „Die Bonapartisten mögen noch so oft wiederholen, die Partei bleibe aufrecht und compact, das verhinbert aber nicht, daß diese Partei, deren Band der Sohn von Napoleon III. war, dazu verurtheilt ist, sich zu zersplittern. Der verstorbene Prinz wurde von allen Parteiangehörigen als ein natürlicher Chef angesehen. Dasselbe wird aber kaum für seinen Nachfolger stattfinden, wenn es gelingt, einen solchen zu finden. Schon früher hatte Hr. Rouher die größte Mühe, einige der Anhänger der Bonaparte zum Gehorsam zu bringen. Jedermann wollte die Partei leiten. Was wird es sein, wenn man einen bestrittenen Prätendenten, oder gar noch einen Prätendenten auf der Schulbank haben wird? Da wird man erst sehen, wie jeder nach seiner Seite ziehen will. Und nicht nur werden Irrungen bezüglich des individuellen Einflusses, sondern auch betreffs der Ideen stattfinden. Die clericale Fraction der Partei wird mit der vornehmlich cäsarischen Partei zusammenstoßen. Die Politik des Prinzen Napoleon, dem man doch einige Autorität in der Partei gewähren muß, wird die Politik von Hr. Paul de Cassagnac in Schach halten. Es werden da fortwährende Conflictte ausbrechen, die das Wenige, was vom Kaiserreiche übrigbleibt, in das Nichts fallen lassen müssen. Die Chefs des Bonapartismus versuchen sich über die Lage Illusionen zu machen; sie versuchen sie durch pompöse Erklärungen zu verändern, aber Prahlereien genügen nicht, Leben einzusüßen, wo, gezwungen, alles zu sein aufgehört hat.“

Der Moniteur universel schreibt:

Für die bonapartistische Partei ist der Tod des kaiserlichen Prinzen ein Schlag, dessen Ausdehnung man ermessen wird, wenn man sich erinnert, daß der Prinz, der durch die kaiserlichen Senatusconsulten bezeichnet ist, auf den Sohn von Napoleon III. zu folgen, sich als republikanischer Deputirter in einem Wahlkreise von Corsica vorstellte und als solcher auf den Wänden der Linken saß, und daß er in dieser Eigenschaft zu den Dreihundertdreißig gehörte.

„In jedem Falle“, sagt der Français, „hat die bonapartistische Partei seit und durch den Tod des Prinzen aufgehört, für die Republik eine bevorstehende Gefahr zu sein, wenn sie es jemals war. Der Français glaubt aber, oder hofft vielmehr, die Republikaner würden durch unmittelbare Fehler ihre guten Aussichten in die Zukunft zerstören.“

Der „Monde“ hofft, alle Männer, die noch durch persönliche Bande der Treue der bonapartistischen Partei angehörten, würden begreifen, daß außer dem traditionellen Königthum für Frankreich kein Heil zu erwarten ist.

Die Liberté meint, mit dem Prinzen verschwinde die Partei. Aber zugleich müsse auch der Opportunismus verschwinden, da dieser nur im Kampfe der Parteien seine Ursache gehabt. Er sei der Vertreter der republikanischen Partei dem Bonapartismus gegenüber gewesen. Jetzt habe der Kampf ein Ende. Jetzt sei nur für die nationale Partei noch Raum, die arbeitsame, progressivistische und conservative Partei.

Aus Paris vom 22. Juni wird der „Post“ berichtet: „Die officielle Trauer der bonapartistischen Partei soll drei Monate dauern. Nachrichten aus London melden einige Besserung in dem Befinden der Kaiserin, für deren Leben man anfangs fürchtete. Es heißt, daß die Kaiserin nach der Befreiung des Prinzen sich ins Karmeliterkloster bei Burgos zurückziehen würde. Der Prinz Jérôme Napoleon bewahrt eine streng verschlossene reservirte Haltung und läßt über seine Absichten und Ideen nichts verlauten. Die bonapartistische Presse sucht energisch jeden Gedanken, als sei der Imperialismus vernichtet, zu bekämpfen.“

Nach den pariser Correspondenzen der Independance belge wäre der Bonapartismus seiner vollständigen Auflösung nahe. Ein Theil seiner Anhänger werde muthmaßlich ins royalistische, ein anderer ins republikanische Lager übergehen. Bergeblisch protestirte Paul de Cassagnac gegen eine solche Annahme; er und wenige seinesgleichen dürften bald noch die einzigen Träger des bonapartistischen Principes sein. So die Independance belge.

Großbritannien.

† London, 22. Juni. Die Times nennt das traurige Ende des Prinzen Louis Napoleon einen unerföhlichen Privatverlust für die Mutter, eine Tragödie für die ganze Welt. Was die politische Seite dieses Ereignisses betrifft, so sei deren Wichtigkeit nicht zu bezweifeln, auch wenn zunächst keine Folge

zu merken sei. Die kaiserliche Partei in Frankreich hat sich in Loyalität unter dem Namen des Prinzen geneigt. Sein Tod macht den Prinzen Jérôme Napoleon nach dem Erbfolgegesetz der Familie Bonaparte zum Erben des Reiches, und dieser ist gerade so sehr ein Gegenstand von Differenzen, wie der kaiserliche Prinz ein Mittel der Ausöhnung war. Die Möglichkeit einer Rückkehr zum Kaiserthum muß der Volksmeinung mehr und mehr schattenhaft erscheinen und die Republik mag so an Stetigkeit gewinnen.

Der conservative Standard sagt, es sei schwer, eine fremdartigere Laune des Geschickes sich vorzustellen, als daß der Erbe eines mächtigen Stammes, die Hoffnung einer großen Partei, in einem kleinen Gefechte in Afrika und das in einem Streite, der nicht sein eigener sei, fallen sollte. So groß das Bedauern über dieses Ereigniß in England sei, viel härter sei der Schlag für die Anhänger des Kaiserthums. Er sei geradezu das Ende des Imperialismus.

Die Morning Post schreibt: „Nach dem ersten Schreck und Schmerz werden zwei Fragen gethan: Warum ging er? und: Wie konnte es geschehen? Die erste Frage ist leicht beantwortet. Der Prinz hatte die starken militärischen Neigungen seines Stammes und war entschlossen, seine Sporen zu verdienen. ... Die Versuchung, in einem Kampfe der Civilisation mit dem Barbarismus Partei zu nehmen, war für ihn unwiderstehlich. Sein fester Wille legte den Vorstellungen seiner Mutter und den Beweisgründen seiner Freunde Schweigen auf und in einer bösen Stunde segelte er nach Südafrika ab. Die zweite Frage: „Wie konnte es geschehen?“ ist weniger leicht beantwortet, denn es ist ebenso schwierig wie gefährlich, den genauen Betrag persönlichen Tadeln anzugeben, der sich einzelnen anheften mag, während es gewiß ist, daß die Geschichte dieses neuesten Misgeschick als einen nationalen Vorwurf in dasselbe Kapitel mit Pfandula setzen wird. Es ist thatsächlich nichts anderes. Unserer Sorge war das Leben des Erben der Napoleone anvertraut, ein besonders kostbares Dasein. Wir können kaum behaupten, daß wir uns des Vertrauens würdig bewiesen haben. Der Prinz war ritterlich und geeignet, Gefahr oder Abenteuer zu bestehen; aber wir können der Verantwortung nicht entgehen, ihn Dinge haben ausführen zu lassen, die niemals einer Persönlichkeit zufallen durften, deren Tage einer ganzen Nation so theuer waren und von deren Laufbahn vielleicht das künftige Geschick Europas abhing.“ Die Morning Post fügt hinzu: „Wäre eine englische königliche Hoheit dem Stabe Lord Chelmsford's beigegeben worden, welcher Tadel wäre ausgesprochen worden, wenn man dieser Persönlichkeit gestattet hätte, nicht einmal, sondern wiederholt auf kleine gefährliche Recognoscirungen auszugehen. Und doch wurden zu solchem Zwecke das Talent und die Thatkraft eines unersparenen jungen Soldaten verwendet, der mit Nachdruck das Kind Frankreichs genannt ward.“

Im Unterhause richtete Sir R. Peel in Bezug auf die Erklärungen des Kriegsministers über den unerwarteten und beklagenswerthen Verlust des Prinzen Louis Napoleon die Frage an den Minister, ob er dem Hause mittheilen vermöge, welche Stellung der Prinz in der Armee in Südafrika eingenommen habe; ob derselbe zu dem Stabe Lord Chelmsford's gehört und ob es auf Befehl Lord Chelmsford's geschehen, daß diese kleine Truppe in Feindesland geschickt worden, während eine Armee von 26000 Mann an der Grenze stand. Oberst Stanley erklärt, nicht zu wissen, in welcher Stellung der Prinz der Armee attachirt gewesen; es sei ihm nicht bekannt, ob derselbe einen Rang besessen und dem Stabe zugetheilt gewesen sei. Bezüglich der Frage, ob der Prinz auf Befehl Lord Chelmsford's gehandelt, so sei ihm nur die Thatsache bekannt, daß Lord Chelmsford ganz ausdrücklich bemerkt, er habe nichts davon gewußt, daß der Prinz an diesem Auszuge theilnehmen werde.

Ueber den Tod des Prinzen Louis Napoleon bringen die Daily News folgende Telegramme von ihrem Specialcorrespondenten am Cap (Archibald Forbes):

Hauptquartier Lager Itetzi, 1. Juni. Ich habe fürchterliche Neuigkeiten zu melden. Prinz Napoleon marschirte heute Morgen mit Kapitän Carey vom Intelligensdepartement und einer Escorte von sechs weißen Freiwilligen von Reddington's Corps 8 Meilen voraus, um den Platz für das nächste Lager zu fixiren. Nach einer kurzen Rast unweit dem Educturaal, der für verlassen galt, hatte der Prinz seinen Befehl zum Wiederaufstehen gegeben, als innerhalb 30 Ellen aus dem langen Grabe eine Salve auf die Escorte abgefeuert wurde. Nicht ein einziger Jutru war sichtbar. Carey meldet, daß die Escorte sich im Galop gestreute, als die Salve abgefeuert wurde. Er und ein Mann der Escorte ritten ihres Schutzes halber nach der etwa 200 Ellen entfernten Schlucht; sie entkamen glücklich und es schloßen sich ihnen später vier Mann der Escorte an. Der Prinz und die andern zwei wurden niemals wiedergegeben. Es blieb keine Alternative als der Glaube, daß der Prinz umgekommen sei. Sein Pferd sprengte reitlerlos daher und schloß sich an dem Wege der Begleitung Carey's an. Der Prinz war stets äußerst waghalsig. Carey begegnete Buller und Wood mit einer Escorte von drei Mann, die sich nach demselben Orte begeben wollten, und veranlaßte sie zur Umkehr, denn sonst wären sie wahrscheinlich ebenfalls Opfer des Feindes geworden.

sein. Die
rigen Bon
2. In
Marshall
Leide auf
von dem
dem Rück
man nicht
dieser v
die Pöffe
dals umf
sicht trug
erfolglos
länge des
Leide sch
hätte, na
Uebervoll
balance
sant, un
Ueber
das ihre
Berichte
Runde
Freitag
Pietri ei
der sich
Corfica
Ihre M
Wie dies
weiß m
trieben,
noch inn
Bald de
Camben
Aufträge
die Hobe
empfang
Postkaf
bei der
von unfe
eingelau
Kaiserin;
auf der
Damit e
Befehle
Verzog,
Die Rai
brach oh
Dem
Herzog v
Arme
und sagt
erfahre
nach Afr
Vorstell
und Abe
ich dem
Prinzen
als zu
der Prin
es nicht
dition an
begegnen
Sinn ha
nähere W
Berweis
Aus
Zeitung
gestern d
Louis
Eugeni
ihrem Bi
auch den
Bestanden
telegraph
den Car
ertheilt.
sich in
Kaiserin
um sein
hurf; u
Pietri's,
wird, an
das ange
vorgefun
Lady D
in Chio
* Leip
Tarifcom
Wünsch
gierung
lage ihre
legung,
lautet:
Im
perioden
die Jahre
tung des

sein. Die ganze Colonne ist äußerst betrübt über den traurigen Vorfall.

2. Juni. Ein Mann von der Cavalerie des Generals Marshall gingen heute Morgen ab, um Prinz Napoleon's Leiche aufzusuchen. Sie fanden dieselbe in Donga, 150 Ellen von dem Kraal entfernt. Sie lag gänzlich entblüdt auf dem Rücken. Eine Kugelwunde war nicht vorhanden, aber man sah 18 Stichwunden. Zwei Asagatische hatten den Körper von der Brust nach dem Rücken durchbohrt, zwei die Hüfte verletzt und einer das rechte Auge zerstört. Den Hals umschloß eine Kette mit einem Medaillon. Das Gesicht trug einen ruhigen Ausdruck. Er hatte augenscheinlich erfolglos versucht, sein Pferd zu besteigen, dann muß er längs des Fußpfades nach Donga gelangt sein, wo seine Leiche gefunden wurde. In seiner Nähe lagen zwei Weiber, welche erschossen. Die Leiche wurde in eine Kaffeebede gewickelt, nach dem Lager gebracht, und um 5 Uhr wurden die Leiberreste in Gegenwart der ganzen Division in einer Amulance unter entsprechender Escorte nach Capetown gebracht, um von dort nach England befördert zu werden.

Ueber die Art und Weise, wie die Kaiserin Eugenie das ihrem Sohne zugefallene Unglück erfuhr, hat ein Berichterstatter des Gaulois in Chislehurst aus dem Munde des Herzogs v. Bassano Folgendes vernommen: „Freitag früh war ein dringendes Schreiben an Hrn. Pietri eingetroffen, den Cabinetsecretär der Kaiserin, der sich eben in Wahlanglegenheiten auf der Insel Corsica befindet. Der Brief enthielt die Aufforderung, Hrn. Maj. auf eine betrieblende Nachricht vorzubereiten. Wie dieser Brief in die Hände der Kaiserin gelangte, weiß man noch nicht; genug, von einer Ahnung getrieben, öffnete sie ihn; sie erschrak heftig, war aber noch immer weit entfernt, die Wahrheit zu errathen. Bald darauf traf Lord Sydney, der Vezier von Camden-Place und ein alter Freund der Kaiserin, im Auftrage der Königin Victoria in Chislehurst ein, um die Hiobspost zu überbringen. Der Herzog v. Bassano empfing ihn und nahm es auf sich, die verhängnißvolle Postschachtel vorzutragen. Mit verführten Zügen traf er bei der Kaiserin ein und sagte: „Madame, es sind von unserm Prinzen schlechte, sehr schlechte Nachrichten eingelaufen! Mein Sohn, mein Sohn! rief die Kaiserin; es duldet mich hier keinen Augenblick mehr, auf der Stelle will ich nach dem Cap aufbrechen. Damit erhob sie sich, um auch sogleich die nöthigen Befehle zu ertheilen. „Bleiben Sie!“ rief nun der Herzog, in Thränen ausbrechend, „es ist zu spät! Die Kaiserin stieß einen fürchterlichen Schrei aus und brach ohnmächtig zusammen.“

Dem Globe wird aus Chislehurst berichtet: „Der Herzog v. Cambridge, Oberbefehlshaber der englischen Armee, machte heute der Kaiserin seine Aufwartung und sagte ihr, wie ich von dem Herzog v. Bassano erfahre, wörtlich: „Als der Prinz den Entschluß faßte, nach Afrika zu gehen, versuchte ich nicht, ihm dagegen Vorstellungen zu machen; da ich aber sein Muth und Abenteuer geneigtes Temperament kannte, legte ich dem Lord Chelmsford brieflich ans Herz, den Prinzen nie zu einem andern Dienste zu verwenden als zu dem seines eigenen Adjutanten. Leider hing der Prinz zu sehr an seinen Kameraden und konnte es nicht über sich gewinnen, sie allein auf eine Expedition auszuweisen zu lassen, auf der man dem Feinde begegnen konnte. Diesen seinen kameradschaftlichen Sinn hat er büssen müssen. Wir erwarten indes noch nähere Meldungen, ehe wir dem Generalstabschef einen Verweis ertheilen mögen.“

— Aus London vom 23. Juni wird der Kölnischen Zeitung berichtet: „In den meisten Kirchen gedachten gestern die Prediger sympathisch des Todes des Prinzen Louis Napoleon. Das Befinden der Kaiserin Eugenie hat sich gebessert; sie hörte eine Messe in ihrem Zimmer und empfing gestern Krouher und Frau, auch den namens der Königin Victoria sich nach ihrem Befinden erkundigenden Carl Sydney. Der Papst telegraphirte eine Beileidsbesuche und hat ihr durch den Cardinal Bonaparte seinen apostolischen Segen ertheilt. Die Königin empfing gestern Lord Beaconsfield in Audienz und besuchte heute Nachmittag die Kaiserin Eugenie. Krouher hat erklärt, er sei allein, um sein persönliches Beileid zu bekunden, in Chislehurst; weitere Besuche müssen bis zur Rückkehr Pietri's, die zum Donnerstag oder Freitag erwartet wird, anstehen. Der Herzog von Bassano erklärte, das angebliche Testament des Prinzen sei noch nicht vorgefunden und nichts darüber bekannt. Lord und Lady Dbo Russell machten gestern eine Beileidsvisite in Chislehurst.“

Königreich Sachsen.

Die Finanzlage Sachsens.

* Leipzig, 24. Juni. Entsprechend den in der Taricommission des Reichstages laut gewordenen Wünschen haben die sächsische und die bairische Regierung dem Reichstage Darlegungen über die Finanzlage ihrer Staaten gemacht. Die sächsische Darlegung, die uns hier ja besonders interessieren muß, lautet:

Im Königreich Sachsen bestehen zweijährige Finanzperioden und erstreckt sich die laufende Finanzperiode auf die Jahre 1878 und 1879. Bei der bestehenden Einrichtung des Staatrechnungswesens sind die Ergebnisse der

letzten Finanzperiode 1876/77 zwar noch nicht vollständig festgestellt, indessen dürften die vorläufig ermittelten Resultate wesentlichen Aenderungen nicht mehr unterliegen. Der Voranschlag der ordentlichen Einnahmen und Ausgaben für jedes Jahr der Finanzperiode 1876/77 bilanzirte mit 60,161,428 M. Die Ausgabe hat den Voranschlag nur um 109,11 M., in beiden Jahren zusammen um 218,22 M. überstiegen. Dagegen ist bei den Einnahmen ein Ausfall von 13,203,752 M. in der Finanzperiode oder von 6,601,876 M. gemeinjährig eingetreten, so daß unter Berechnung der Ueberschreitung bei den Ausgaben ein Fehlbetrag von 12,225,574 M. in der Finanzperiode 1876/77 sich ergibt.

Dieses ungünstige Ergebnis ist in der Hauptsache durch die Mindereinnahmen bei den vier Haupteinnahmequellen: den Staatsforsten, den fiskalischen Kohlen- und Hüttenwerken und den Staatseisenbahnen, herbeigeführt worden, indem 1) die Staatsforsten statt eines Sollreinertrages von 16 Mill. M. nur 12,208,583 M., 2) die Kohlenwerke statt 1,386,000 nur 924,870 M., 3) die Hüttenwerke statt 1,791,722 nur 1,101,974 M., 4) die Eisenbahnen statt 50,777,586 nur 42,466,884 M., die vier vorkommenden Einnahmequellen daher 13,253,697 M. weniger Ueberschuß abgeliefert haben, als veranschlagt war.

Die Ergebnisse des ersten Jahres der laufenden Finanzperiode, des Jahres 1878, sind noch nicht genau zu übersehen, da die Ausgaben bisher nur unvollständig bekannt sind, indessen ist aus dem Stande der Bruttoeinnahme zu erkennen, daß die Verhältnisse sich gegen die vorhergehende Finanzperiode kaum gebessert haben. Die ordentlichen Ausgaben sind um 4,144,682 M. jährlich höher veranschlagt als in der vorhergehenden Finanzperiode. Dagegen haben die Staatsforsten, obwohl deren Ertrag um 1,262,000 M. jährlich niedriger statistirt war als in der Finanzperiode 1876/77, nur 6,287,329 M., also abermals einen Ausfall von rund 460,000 M. ergeben; die Steinkohlenwerke, mit 460,200 M. etatirt, haben nur 285,200 M., also 175,000 M. weniger; die Eisenbahnen statt der veranschlagten 26,608,500 M. nur 21,875,000 M., also 4,633,500 M. weniger abgeliefert, so daß sich bei diesen drei Posten allein ein Ausfall am Etatsoll von ppr. 5,260,000 M. herausstellt. Hiernächst zeigen aber auch die Steuern und Abgaben eine Mindereinnahme von 562,000 M. Davon 480,000 M. allein bei der Einkommensteuer, so daß das Jahresdeficit nach Abzug einiger Mehreinnahmen auf ppr. 5,500,000 M. sich belaufen wird.

In dem laufenden Jahre scheinen sich zwar die Einnahmen bei einigen Zweigen der Staatswirtschaft wieder etwas heben zu wollen, indessen sind bei dem wichtigsten derselben, den Staatseisenbahnen, die Bruttoeinnahmen im ersten Quartal des Jahres 1879 noch um weitere 605,000 M. gegen das Vorjahr herabgegangen. Berücksichtigt man, daß das Anlagekapital der Staatseisenbahnen seit dem Jahre 1876 bis Ende 1878 sich um circa 80 Mill. M. erhöht, die Bruttoeinnahme dagegen ungeachtet eines Zuwachses von 330,000 Kilometer Eisenbahnen von 62 auf 58 Mill. M. gesunken und der Reinertrag von 14370 M. auf 11195 M. pro Kilometer herabgegangen ist, daß ferner ein großer Theil der in neuerer Zeit erbauten Gebirgsbahnen nicht einmal die Betriebskosten deckt, so ist wenig Aussicht, daß sich die Verhältnisse in dieser Beziehung bessern. Vielmehr werden die Einnahmen der sächsischen Staatseisenbahnen einen weiteren Rückgang von Millionen erfahren, sofern einseitige Normalfrachtsätze für ganz Deutschland ins Leben treten.

Unter solchen Umständen ist eine niedrigere Veranschlagung der Einnahmen für die Periode 1880/81 um circa 4 Mill. M. nicht zu umgehen und es wird, da auch bei der größten Einschränkung eine Steigerung der Ausgaben um circa 1 1/2 Mill. M. in Aussicht steht, selbst wenn die Patricularbeiträge — welche für das Jahr 1879 4,698,645 M. betragen — durch Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches vollständig aufgehoben werden, die Bilanzirung des ordentlichen Budgets für die Finanzperiode 1880/81 mit großen Schwierigkeiten verknüpft und eine Ermäßigung der Zuschläge zur Einkommensteuer, welche gegenwärtig 50 Proc. des Einkommens oder 6,177,000 M. jährlich betragen, nicht thunlich sein. Hierbei ist aber nicht zu übersehen, daß zur Bestreitung von außerordentlichen Ausgaben, zu welchen bisher die Ueberschüsse früherer Finanzperioden verwendet wurden, solche Ueberschüsse nicht mehr zu Gebote stehen, dieselben daher entweder ganz unterlassen oder mit Hilfe von Creditmaßregeln bewirkt werden müssen.

Baiern, um dies der Vergleichung halber hinzuzufügen, wird nach dem von dorthier eingegangenen Voranschlage in der Finanzperiode 1880/81 für jedes der beiden Jahre einen ungedeckten Betrag an Ausgaben von 25,536,185 M. haben.

Die 13. öffentliche Plenarsitzung des Sächsischen Landesculturrathes.

○ Dresden, 23. Juni. Am heutigen Tage eröffnete Oberst v. Weyß als Vorsitzender die Versammlung des Landesculturrathes, welcher Staatsminister v. Kostig-Wallwitz sowie Regierungsrath Koch seitens der Regierung beiwohnten. Die am ersten Tage zur Verathung gelangenden Gegenstände betrafen meist die Pferdezuucht.

Ueber Organisation der Landesverdeuht im Königreich Sachsen hatte Landstallmeister Graf zu Münster-Moritzburg das Referat übernommen. Beantwagt ist:

- 1) Eine ständige Commission für Pferdezuucht mit dem Auftrage zu bilden, alle im Interesse der Landesverdeuht wichtig erscheinenden Momente einer eingehenden Prüfung zu unterwerfen, das Zuchtziel sowie die Mittel und Wege, welche eine systematische Zucht bedingen, zu beraten und das Resultat der Verathungen dem Landesculturrathe zur Beschlußfassung vorzulegen; 2) das weiter unten erläuterte Zuchtziel als das zu erstrebende anzuerkennen; 3) hinsichtlich des System der Zucht bei dem Ministerium des Innern zu beantragen, daß die Ausgleichung des Muttermaterials als hauptsächlichste Aufgabe bezeichnet werde, und daß zu diesem Zwecke die Paarung der Stuten zu beeinflussen sei; die Bildung von Zuchtgebieten mit alljährlich wiederkehrenden Stuten- und Fohlenmusterungen einzutreten habe; Prämienstipendien abzuhalten sind; Kaltreuth zur Anlage einer staatlichen Fohlenzucht übernommen werden möchte. Fer-

ner soll der Culturrath seine Ueberzeugung aussprechen, daß: für Uebernahme und Bewirthschaftung Kaltreuths ein Anlagekapital von circa 210000 M. erforderlich sein wird, bei einem Pachtpreise von jährlich 17500 M. ein Staatszuschuß für die Bewirthschaftung nicht erforderlich sein und das angelegte Kapital ungefährdet bleiben wird; endlich die Pferdezuuchtcommission beauftragen, einen speciellen Bewirthschaftungsplan aufzustellen und dem Ministerium des Innern mit dem Votum des Landesculturrathes zu überreichen.

Aus der zu diesen Anträgen gegebenen Motivirung ist Folgendes hervorzuheben:

Das den sächsischen Verhältnissen angepaßte Zuchtziel, welches das zu stehende Zuchtziel darstellt, ist ein härteres Pferd, wie solches für jegliche normale Pflugarbeit genügt und z. B. in dem jetzigen mittlern oblenburgischen Pferde zu erblicken ist. In erster Linie wird breite Brust, correcte Stellung der Beine, tiefer Körper (nicht hochbeinig) und gute Nierenverbindung verlangt. In zweiter Linie ist der gute Gang und die gefällige Form zu berücksichtigen. Referent führte ferner an, daß er 32 Versammlungen abgehalten und darin Aufklärungen über Zucht der Pferde gegeben habe. Von dem auf den einzelnen Stationen vorgeführten Zuchtmaterial konnte nur ein Drittel als brauchbar bezeichnet werden. Die Hauptursachen des Mislingens liegen in dem mangelhaften Stutenmaterial und in der planlosen Paarung. Die vielsseitig in Sachsen herrschende Ansicht, daß hier die Pferdezuucht nicht mit Vortheil betrieben werden könne, kann Referent nicht theilen.

Aus der Debatte sei Nachstehendes angeführt:

Dr. v. Träbscher-Dorfstadt fragt, wie sich bei dem Kammergut Kaltreuth die zu bildende Pferdestation zu der Oekonomie verhalten solle, glaubt auch nicht, daß die Fohlenstation sich selbst erhalten könne.

Correferent Rittergutsbesitzer Lichtenstein-Lawalde hält ein Institut, welches dem so häufigen Mangel an Kenntniß der rationellen Aufzucht junger Thiere begegnen solle, für sehr nützlich.

Rittergutsbesitzer Lindner auf Guhra: Wenn die Pferdezuucht in Sachsen nicht genug prosperire, so sei hieran namentlich das noch mangelnde Verhältniß dafür schuld.

Gutsbesitzer May-Polenz: Die auf einem Nachbargute von Kaltreuth gemachten Erfahrungen müßten als total verfehlt bezeichnet werden, trotzdem einer der intelligentesten Landwirthe, Kammerherr v. Erdmannsdorff, hierzu den Anlaß gegeben. Wenn ferner auf 150 Fohlen gerechnet werde, wo käme dann das für das übrige Vieh erforderliche Futter her? Auch sei der Kaltreuther Boden kein guter Faserboden. Wenn weiter die aufgezogenen Stuten gegen Rückgewähr des Kaufpreises und 120 M. Futter- und Aufzuchtgeld per Jahr zurückgegeben werden sollten, so sei ihm dies nicht verständlich. Rechnet man nur 1 Scheffel Faser per Woche auf ein Pferd, so ergebe das pro Jahr 52 Scheffel, für die ganzen Fohlen 7500 Scheffel Faser. Die Sache möge daher erst sehr sorgfältig geprüft werden.

Rittergutsbesitzer Lindner-Guhra berichtigt den Borredner dahin, daß ein Fohlen wöchentlich nur circa 7 Meßgen Faser, also noch nicht die Hälfte des angenommenen Maßes brauche. Auch würden die Pferde nur im ersten und im vierten Jahre mit Körnern gefüttert.

Rittergutsbesitzer v. Dohlschlagel spricht sich dahin aus, daß die etwa verbleibenden Mehrkosten von den Vorteilen bedeutend aufgewogen würden.

Graf zu Münster verweist auf die auswärts gemachten günstigen Erfahrungen, welche Gutsbesitzer Köster des nähern ausgeführt gewünscht hätte.

Die Abstimmung ergab Annahme der obengedachten Anträge.

Der nunmehr zur Verathung stehende Antrag der Pferdezuuchtcommission, die leihweise Ueberlassung von Beschälern an Pferdezuuchtvereine betreffend, lautet:

- 1) Das Collegium wolle ein hohes Ministerium des Innern ersuchen, das Landstallamt zu ermächtigen, Beschäler einer besondern Richtung und Rasse und sonstige zu beschaffen, wenn ein Pferdezuuchtverein oder eine sonstige Genossenschaft mindestens 40 Stuten der erstbeten Richtung nachweist, beim Ankaufe des Beschälers dem Landstallmeister einen Delegirten beizugeben und den Beschäler unter näher zu bestimmenden Bedingungen in eigene Pflanze nimmt. 2) Als diese Bedingungen sind vorzuschlagen: sorgsame Abwartung und geeignete Ernährung mit angemessener Benutzung zur Arbeit; solidarische Haftung für richtige Behandlung; Zahlung eines entsprechenden Mietzinses; Verpflichtung, den Beschäler fünf Jahre zu behalten und durch denselben keine andern als zu diesem Zwecke ordnungsmäßig angelegte und ins Stammregister eingetragene Stuten decken zu lassen; endlich Uebertragung des Aufsichtrechts an das Landstallamt und Führung eines Deckregisters.

Nach den Ausführungen des Referenten Landstallmeisters Grafen zu Münster werden diese Anträge ohne besondere Debatte angenommen.

Ueber einen Zusatz bei dem Gesetze über Stellung von Stuten in Mobilmachungsfällen referirte ebenfalls der Vorgenannte. Beantwagt wird:

Das Collegium möge beschließen, das Ministerium des Innern zu ersuchen, beim Kriegsministerium dahin vorstellig zu werden, daß dem Gesetze vom 1. März 1877 folgende Zusätze beigelegt werden: 1) Bei Veränderungen sind alle die Stuten, welche durch Vorzeigen eines Zuchtzeichens sich als im Landeszuuchtregister eingetragene Zuchtstuten erweisen, als solche in den betreffenden Registern zu bemerken. 2) Im Mobilmachungsfalle werden mit beglaubigten Zuchtzeichen versehene Zuchtstuten nicht genommen, wenn sie innerhalb der letzten zwei Jahre wenigstens ein Fohlen hatten oder nicht länger als ein Jahr unbedeckt geblieben sind.

Auch diese Anträge gelangen ohne Discussion zur Annahme.

Die Verathung über die Vorschläge der Commission für Aenderung des Regulativs für den Landesculturrath und der Instruction für den Generalsecretär (Referent v. Dohlschlagel) rief eine längere und erregte Debatte hervor. Diese Vorschläge beziehen sich zumeist auf die Geschäfte der dem Vorstande zum Zweck der Unterstützung zuzutheilenden zwei Mitglieder aus dem Kreise des Landesculturrathes.

Die definitive Entscheidung über diese und andere interne Vorschläge soll in der nächsten Sitzung erfolgen.

Den letzten Gegenstand der heutigen Beratung bildete ein Antrag des Rittergutsbesizers Kossberg auf Abschaiten, so lautend:

Der Landesculturrath wolle die Staatsregierung ersuchen, sich, falls der Wollmarkt zu Dresden fortbestehen soll, mit dem dresdener Stadtrathe in Einvernehmen zu setzen, damit für diesen Fall ein besserer und angemessener Platz (zur Zeit der ohnweit Pieschen belegene städtische Schlachthof) angewiesen werde.

Motivirt wurde dieser Antrag damit, daß bei der jetzigen ungünstigen Lage des Wollmarktes mit Bestimmtheit auf dessen baldiges Aufhören gerechnet werden könne.

Mit der Annahme dieses Antrages schloß die heutige Sitzung.

Das Dresdner Journal berichtet aus Dresden vom 23. Juni: „Soviel bis jetzt bestimmt ist, werden die Ergänzungswahlen für den Landtag in der ersten Hälfte des Monats September stattfinden. Wahrscheinlich werden dem Landtage außer dem Staatshaushalt nur wenige Vorlagen zugehen.“

Leipzig, 24. Juni. Gestern Abend 8 Uhr 40 Min. traf der Herzog von Anhalt unter Benutzung der Verbindungsbahn im Berliner Bahnhofe hier ein. Er kam von Regensburg und fuhr 8 Uhr 50 Min. nach Dessau weiter.

Leipzig, 24. Juni. Am vorigen Sonntag ward die hiesige Kunstgewerbe-Ausstellung von nahe an 6000 Personen besucht, wozu die fremden Gewerbevereine ein starkes Contingent stellten. Trotz dieses so massenhaften Besuches ist nicht die geringste Störung der Ordnung vorgekommen. Für heute ist der Besuch des grimmischen Gewerbevereins, des coldiger und rochlitzer Gewerbevereins angesagt.

Leipzig, 24. Juni. Der akademische Gesangsverein Arion begeht am 5. Juli sein heuriges Sommerfest (in den Räumen des Schützenhauses), wie gewöhnlich mit Concert und Ball; zugleich feiert er damit nachträglich sein dreißigjähriges Stiftungsfest, dessen Vorfeier bereits schon am eigentlichen Stiftungstage in Form eines Commerces stattfand.

Leipzig, 24. Juni. Gestern Abend 8 1/2 Uhr wurde der siebenjährige Knabe eines am Brandwege wohnenden Handarbeiters an der Ecke von Brandweg und Altonastraße von einem im schnellen Trabe einherfahrenden Bierwagen überfahren. Er ist dabei auch von einem Wagenpferde getreten worden und hat schwere Verletzung am Kopfe und am rechten Oberschenkel davongetragen. Die Mitglieder des königlichen Hoftheaters zu München, die jetzt in Berlin gastirt haben, sind gestern Abend mit Extrazug von Berlin hier eingetroffen und um 9 Uhr 20 Min. gleichfalls unter Benutzung eines Extrazuges nach München zurückgegriffen.

Leipzig, 24. Juni. In Dresden hat (wie theilweise auch hier) der Sturm am Sonntag an Bäumen, Gebäuden u. namhafte Schäden verursacht, namentlich jedoch hat er dort viele Passagiere der Dampfschiffe in wahre Lebensangst versetzt, da die Schiffe infolge des unter der Feinwandplane sich verfassenden Windes sich theils auf die Seite legten, theils im Kreise herumgedreht wurden. Die Passagiere des um 2 Uhr nach Pillnitz fahrenden Schiffes waren zum großen Theil der Meinung, in eine Windhose gerathen zu sein.

Gandel und Industrie.

Der vom 1. März d. J. ab zwischen der Post und den Reichsbankanstalten zur Beschleunigung des Geldumlaufs bezüglich der Oberpostkasse eingeführte Giroverkehr ist, wie die Deutsche Verkehrs-Zeitung schreibt, auf die Postämter an solchen Orten mit Reichsbankstellen ausgedehnt worden, an welchen nicht zugleich eine Oberpostkasse besteht. Unter den 27 Reichsbankstellen I. Klasse finden wir das Postamt I zu Chemnitz mit verzeichnet.

Lehrreich wie alle gutgearbeiteten statistischen Werke ist auch die „Statistische Skizze der Ost- und Nord-europäischen Staaten von Dr. H. F. Brachelli, I. I. Hofrath und ordentlichem öffentlichem Professor, Vorstand des statistischen Departements im I. I. österreichischen Handelsministerium u. (Rußland, Ottomanisches Reich, Bulgarien, Bosnien und Herzegovina, Rumänien, Serbien, Montenegro, Griechenland, Dänemark, Schweden und Norwegen, Großbritannien und Irland, Niederlande.) Ergänzung zu der siebenten Auflage von Stein und Wappanus „Handbuch der Geographie und Statistik“ (2. verb. Aufl., Leipzig, J. C. Hinrichs'sche Buchhandlung). Einen besondern Werth bekommt dieselbe dadurch, daß sie theils mehrere der durch den Berliner Vertrag von 1878 neu constituirten Länder (Bulgarien), theils in andern (z. B. der Türkei, Montenegro, Serbien, Rumänien) ebenadurch vorgegangenen geographischen und statistischen Veränderungen behandelt.

Bei der Magdeburger Allgemeinen Versicherungs-Actiengesellschaft - Abtheilung für Unfallversicherung - kamen im Monat Mai 1879 zur Anzeige: 11 Unfälle, welche den Tod der Betroffenen zur Folge gehabt haben, 2 Unfälle, infolge deren die Beschädigten noch in Lebensgefahr schweben, 33 Unfälle, welche für die Betroffenen voraussichtlich lebenslängliche, theils totale, theils partielle Invalidität zur Folge haben werden, 390 Unfälle mit voraussichtlich nur vorübergehender Erwerbsunfähigkeit. In Summa 436 Unfälle.

Wien, 21. Juni. Die Börse hat in den letzten Tagen der Occupationspolitik des Grafen Andrassy ein Misstrauensvotum gegeben, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigläßt. Es ist nämlich durch die Blätter die Nachricht gegangen, daß der Einmarsch in Kovibazar bevor-

stehe und daß zu diesem Behufe die nöthigen militärischen Vorbereitungen getroffen werden. Diese Nachricht wirkte so depressiv auf die Börse, daß die Rentenurse um 3-4 Proc. zurückgingen, und obgleich die Regierung sich beeilte, diese Gerüchte mit der größten Energie zu dementiren, so war die dadurch hervorgerufene Verunsicherung doch keine nachhaltige und schließt die Börse, welche die Occupationspolitik jetzt entschieden perhorrescirt, ziemlich klau. Selbst das Prachtwetter, welches jetzt eingetreten und das eine günstige Ernte in Aussicht stellt, hat momentan nicht vermocht, die Börse zu beruhigen, und dürfen sowohl Baron Depretis als auch Graf Szapary sich gratuliren, daß sie die günstige Stimmung der Börse glücklich ausgeht und mit den Rentenverkäufen zu Ende gelangt sind. Claffert ist allerdings weder die österreichische noch die ungarische Rente, aber beide Renten sind nun einmal verkauft worden und wird die Speculation, die sich der Renten bemächtigt hatte, noch eine Zeit lang zuwarten müssen, ehe sie ihre Waare ohne empfindlichen Verlust an den Mann bringt. Der Rückgang der Rentenurse hat auch den ganzen Anlagemarkt verkauft und da überdies viele Speculanten realisirten haben, so liegt momentan kein Impuls zu einer weiteren Cursteigerung vor.

Wien, 23. Juni. (Wollmarkt.) Angefahren sind 14000 Ctr. Bei durchschnittlich 5 Proc. schwererer Wolle wurden die vorjährigen Preise behauptet. Verkauft wurden circa zwei Drittel an Kämmer, Fabrikanten und Händler.

Bremen, 23. Juni. Petroleum steigend. (Schlußbericht.) Standard white loco 7,00, per Juli 7,00, per August 7,05, per September-December 7,35. Alles bezahlt.

Antwerpen, 23. Juni. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 17 1/2 bez. u. Dr., per Juli 17 1/2 Dr., per September 18 Dr., per September-December 18 1/2 bez. u. Dr. fest.

Kiocrpool, 23. Juni. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 10000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Fest. Widdling amerikanische Juli-August-Lieferung 7 1/2 D., August-September-Lieferung 7 1/2 D.

Stasgow, 23. Juni. (Robbeisen.) Mixed numbers warrants 41 Sh. 2 D.

Bradford, 23. Juni nachmittags. Wolle etwas flauer, wollene Garne fest, von wolleuen Stoffen billige Sorten thätig.

Börsenberichte.

Berlin, 24. Juni, 12 Uhr 10 Min. Eröffnungscurs. Oest. Creditact. 457,50, Oest.-Franz. Staatsb. 489,50, Oest. Südbahn (Lomb.) 155, —, Berg.-Märk. 89,50, Köln-Mindener 134,50, Oest. Carl-Ludwigb. 107,25, Rhein. 123,50, Rumän. 31,60, Disconto-Comm. 149,50, Königs- und Laurahütte 70,50, Oest. Lofe v. 1860 120,40, do. Goldrente 68, —, do. Silberrente 59,40, do. Papierrente 58, —, Russ. Anl. v. 1877 88,40, do. Bankn. 200,25, Deutsche v. 117, —, Ung. Goldrente 81,40. Tendenz: sehr fest.

Aus Wien bekannte Curse von 11 Uhr 10 Min. vorm. Oest. Creditact. 260,70, Oest.-Franz. Staatsbahnact. 278,25, Oest. Südbahn (Lomb.) 93,40, Oest. Carl-Ludwigb. 244, —, Oest. Goldrente 77,50, Deutsche Marknoten 56,87 1/2, Napoleon's or 9,22 1/2. Tendenz: günstig.

Berlin, 23. Juni, 3 Uhr 10 Min. Fonds. Deutsche Reichsanleihe 99,30, 4proc. prem. consol. Anl. 99, —, 5proc. sächs. Rente 76,30, Oest. 1860er Lofe 119,60, do. Papierrente 57,60, do. Silberrente 58,80, do. Goldrente 67,70, Ungar. Goldrente 80,90, Russ. consol. 1877er Anl. 88,30, do. Prämienanleihe 149,50.

Bankactien. Allg. Deutsche Creditanst. 129, —, Chemn. Bank. 82, —, Koburger Cred. 71, —, Darmst. B. 128,25, Deutsche B. 116,60, Deutsche Reichsb. 155,25, Disconto-Comm. 147,50, Dresd. B. 112,25, Oest. v. 85,30, do. Handels- u. Creditb. 40,25, Gothaer B. 97, —, Leipziger Disconto-act. 70, —, Meining. Creditanst. 81,75, Oberlaus. B. 71,90, Sächs. B. 109,25, Schönb. B. 23, —, Thüring. B. 80, —, Weimar. B. 37, —, Oest. Creditanst. 454, —, Industriactien. Oesterr. 98, —, Königs- u. Laurahütte 69,90.

Eisenbahnactien. Aufsg.-Lepl. 159, —, Berg.-Märkische 88,50, Berlin-Anh. 93, —, Berlin-Potsd.-Magdeb. 92,40, Breslau-Schweidnitz-Freib. 76,10, Berlin-Stettin 107,75, Köln-Minden 133,50, Oest. Carl-Ludwigb. 106,80, Halle-Sorau-Guben 14, —, Magdeb.-Halberst. 139,40, Rainy-Ludwigsh. 74,60, Oberschles. L. A. 145,25, Prag-Turnau 40,75, Oest.-Franz. Staatsbahn 488, —, do. Nordwestb. 221, —, do. südl. Staatsb. 154,50, Rhein. 122, —, Rumän. Stammact. 31,60, do. Stammprior. 89,70, Thür. 130, —, Weimar-Gera Stammprior. 22,40.

Sorten. Napoleon's or 16,21, Oest. Banknoten 175,40, do. Silbergulden —, Russ. Banknoten 200,25.

Weschs. Petersburg l. S. 199,65, do. 3 M. 198,90, Wien l. S. 175,25, do. 2 M. 174,40.

Frankfurt a. M., 23. Juni. Schlusscurs: Londoner Wechsel 20,452, Wiener Wechsel 175,45, 3proc. Sächsische Rente 76 1/2, Oest. Papierrente 57 1/2, do. Silberrente 59 1/2, do. Goldrente 67 1/2, Staatsb. 242, Lomb. 76 1/2, Oest. 212, Oest. Creditact. 225 1/2, Darmst. Bankact. 127 1/2, Deutsche Reichsbank 155 1/2.

Frankfurt a. M., 23. Juni, 5 Uhr 50 Min. Effecten-Societät: Creditactien 227 1/2, Franzosen 243 1/2.

Hamburg, 23. Juni Silberrente 59 1/2, Goldrente 67 1/2, Creditact. 226 1/2, 1860er Lofe 120 1/2, Franz. 606, Lombard 191, Ital. Rente 80 1/2, 1877er Russen 88 1/2, Vereinsbank 121 1/2, Laurahütte 69, Commerzbank —, Norddeutsche 145 1/2, Intern. Bl. —, Amerik. 95, Köln-M. 133 1/2.

Wien, 23. Juni. Schlusscurs. Papierrente 65,70, Silberrente 67,70, 1860er Lofe 126,50, Nordwestb. 125,50, Bankact. 805, —, Creditact. 256,70, Anglo-Austr.-Bank 121,80, London 116, —, Silberagio 100, —, Ducaten 5,49, Napoleon's or 9,23, Oest. 242,70, Staatsbahn 276,20, Lomb. 88, —, Goldrente 77,20, Deutsche Reichsbank. 56,90.

Paris, 23. Juni, 3 Uhr nachm. 3proc. amortisirt. Rente 85,60, 3proc. Rente 82,52 1/2, 1872er Anleihe 116,70, Ital. 5proc. Rente 81,60, Oest. Goldr. 68, —, Ung. Goldr. 83 1/2, 1877er Russen 92 1/2, Franz. 613,75, Lomb. 198,75, do. Prior. 267, —, 1866er Lärken 12, —, 1869er 69, —, Lärkenloste 48,25.

London, 23. Juni. Consols 97 1/2, Ital. 5proc. Rente 80 1/2, Lomb. 7 1/2, 5proc. 1871er Russen 85 1/2, do. 1872er 84 1/2, do. 1873er 85 1/2, Silber —, 1866er Lärk. Anleihe 11 1/2, 1869er do. —, 5proc. Amerik. 108 1/2, Oest. Silberrente 60 1/2, Papierrente 57.

Leipziger Productenbörse vom 24. Juni mittags 1 Uhr. Witterung: Feiß. Weizen per 1000 Ko. netto loco 194 — 198 M.

bez., geringst 165—175 M. bez. u. Dr.; matt. Roggen per 1000 Ko. netto loco 140—144 M. bez., fremder 120—130 M. bez. u. Dr.; still. Gerste per 1000 Ko. netto loco 140—170 M. nominell, geringe 115—130 M. nominell. Hafer per 1000 Ko. netto loco hiesiger 144 M. bez., fremder 124—136 M. bez. Mais per 1000 Ko. netto loco rumänischer 120 M. bez., amerikanischer 117 M. bez. Raps per 1000 Ko. netto loco —, Rapsluchen per 100 Ko. netto loco —, Rüböl per 100 Ko. netto loco 57,50 M. bez., per Juni-Juli 58 M. Dr., per September-October 58 M. Dr.; niedriger. Spiritus per 1000 Liter Proc. ohne Faß loco 65,50 M. bez. u. Dr.; höher.

Leipzig, 24. Juni. Gleichwie gestern, so bot auch der Verlauf der heutigen Börse der Berichterstattung nur wenig Stoff. Die Börse ist nachgerade in einen Zustand der Unthätigkeit und Lustlosigkeit verfallen, wie er im höhern Grade nicht mehr gut zum Ausdruck gelangen kann. Die Tendenz des Marktes gravitirte dabei zur Festigkeit, denn es schwebte das Angebot fast ganz über die Nachfrage, die in einzelnen Fällen zu höhern Curven bemerklich. Die Umsätze waren, entsprechend der Geschäftsunlust, auf sehr mäßige Beträge angewiesen und erstreckten sich solche nur auf eine bescheidene Anzahl von Papieren. Erst im spätern Verlaufe, als Berlin und Wien steigende Tendenz meldeten, gestaltete sich die Haltung entschieden fest und machte sich für einige Papiere, namentlich Eisenbahnactien, in bemerkenswerther Weise Kaufdruck geltend, woraus sich ein etwas belebter Verkehr schließlich entwickelte.

Der Anlagemarkt war fest, aber nur mäßig belebt; Frage zeigte sich vorwiegend für Sächsische Rente; in Posten verkehrten Pfandbriefe der Creditanstalt; für Landrenten äußerte sich gute Kaufkraft.

Ausländische Fonds anziehend. Bahnen recht fest und steigend, namentlich Aufsg.-Leipziger, Bergische, Anhalter, Buschtiehrader, Galizier, Köln-Mindener, Oberschlesische, Rheinische und Thüringer; zu gestrigem Curse blieben Prag-Turnauer gesucht.

Son den Stammprioritäten waren Rumänier Gegenstand lebhafter Begehr, der Curse stellte sich wiederum höher, Oberlausitzer höher, Weimar-Gera und Altenburg-Zeig fest.

Bankactien fest. Leipziger Credit steigend und animirt; auch Berliner Disconto besser, Leipziger Bank recht fest. Industriactien still; gesucht waren Sächsischer, Rammgarn, Immobilien, Malzfabrik und Leiniger Mühlen zu theils erhöhten Curven.

Prioritäten lebhaft, insbesondere Buschtiehrader III und Prag-Dux sehr beliebt.

Neueste telegraphische Depeschen.

London, 23. Juni. Oberhaus: Der Oberbefehlshaber der englischen Truppen, Herzog von Cambridge, verlas die Empfehlungsbriefe, die er dem Prinzen Louis Napoleon an Lord Chelmsford und Sir Bartle Frere mitgegeben, und in denen ausdrücklich hervorgehoben wird, daß der Prinz den Feldzug nur als Zuschauer mitmachen solle, und beklagt den Tod des Prinzen als ein schweres und schreckliches Unglück. Der Premier Lord Beaconsfield ist der Ansicht, daß das Leben des Prinzen graufam und ganz unnöthigerweise geopfert worden sei, und widmet dem Prinzen Worte höchster Anerkennung, der Kaiserin Eugenie den Ausdruck tiefsten Mitgeföhls. Lord Granville äußert sich in ähnlicher Weise, hofft aber auf weitere Erklärungen, weshalb der Prinz bei seiner Stellung und Jugend überhaupt in eine so verhängnißvolle Lage habe gesetzt werden können. Auf eine Anfrage Granville's bekräftigt Lord Salisbury, daß England und Frankreich dem Rhedive die Abdankung zu Gunsten seines Sohnes empfohlen hätten.

London, 23. Juni. Unterhaus: Unterstaatssecretär Bourke erwiderte auf eine Anfrage D'Alway's, England und Frankreich hätten dem Rhedive empfohlen, abzudanken. Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien hätten die Schritte der Vertreter Englands und Frankreichs bei dem Rhedive unterstützt. Eine Antwort des letztern sei noch nicht eingegangen. Im weitem Verlaufe der Sitzung erklärte Schagkänger Northcote, es sei unzumuthig, augenblicklich noch weitere Mittheilungen über die Unterhandlungen mit Aegypten zu machen. Der Marquis v. Dartington kündigte hierauf an, daß er am nächsten Donnerstag die Anfrage an die Regierung richten würde, mit wem die Unterhandlungen gepflogen worden seien und weshalb dem Rhedive die Abdankung anempfohlen sei, da es im Falle einer unbefriedigenden Antwort des Rhedive nöthig sein dürfte, sofort eine Debatte über diese Angelegenheit anzuregen, zumal nicht nur Unterhandlungen stattgefunden hätten, sondern seitens der Regierung in dieser kritischen Frage auch eine Action unternommen worden sei.

Aus dem Haag, 23. Juni abends. Die Leiche des Prinzen von Dranien ist heute Abend um 7 Uhr hier eingetroffen und vorläufig in der Todtenkapelle des Palais des verstorbenen Prinzen beigelegt worden. Bei der Ankunft der Leiche waren der Prinz Friedrich und der Prinz Alexander zugegen.

Sukarcs, 23. Juni. Die Kammer nahm mit 99 gegen 9 Stimmen die von der Regierung befürwortete Adresse als Antwort auf die Thronrede des Fürsten Karl an. — Morgen findet eine geheime Sitzung des Senats und der Kammer statt, in welcher über die Frage bezüglich der Stellung der Juden verhandelt werden soll.

Leipz...
Amsterdam pr. 10...
Paris 2 1/2 %...
Wien 2 1/2 %...
Frankfurt a. M. 2 1/2 %...
Hamburg 2 1/2 %...
Bremen 2 1/2 %...
Köln 2 1/2 %...
München 2 1/2 %...
Stuttgart 2 1/2 %...
Dresden 2 1/2 %...
Leipzig 2 1/2 %...
Halle 2 1/2 %...
Magdeburg 2 1/2 %...
Erfurt 2 1/2 %...
Münster 2 1/2 %...
Düsseldorf 2 1/2 %...
Aachen 2 1/2 %...
Trier 2 1/2 %...
Saarbrücken 2 1/2 %...
Karlsruhe 2 1/2 %...
Mannheim 2 1/2 %...
Heidelberg 2 1/2 %...
Frankfurt a. M. 2 1/2 %...
Hamburg 2 1/2 %...
Bremen 2 1/2 %...
Köln 2 1/2 %...
München 2 1/2 %...
Stuttgart 2 1/2 %...
Dresden 2 1/2 %...
Leipzig 2 1/2 %...
Halle 2 1/2 %...
Magdeburg 2 1/2 %...
Erfurt 2 1/2 %...
Münster 2 1/2 %...
Düsseldorf 2 1/2 %...
Aachen 2 1/2 %...
Trier 2 1/2 %...
Saarbrücken 2 1/2 %...
Karlsruhe 2 1/2 %...
Mannheim 2 1/2 %...
Heidelberg 2 1/2 %...
Frankfurt a. M. 2 1/2 %...
Hamburg 2 1/2 %...
Bremen 2 1/2 %...
Köln 2 1/2 %...
München 2 1/2 %...
Stuttgart 2 1/2 %...
Dresden 2 1/2 %...
Leipzig 2 1/2 %...
Halle 2 1/2 %...
Magdeburg 2 1/2 %...
Erfurt 2 1/2 %...
Münster 2 1/2 %...
Düsseldorf 2 1/2 %...
Aachen 2 1/2 %...
Trier 2 1/2 %...
Saarbrücken 2 1/2 %...
Karlsruhe 2 1/2 %...
Mannheim 2 1/2 %...
Heidelberg 2 1/2 %...
Frankfurt a. M. 2 1/2 %...
Hamburg 2 1/2 %...
Bremen 2 1/2 %...
Köln 2 1/2 %...
München 2 1/2 %...
Stuttgart 2 1/2 %...
Dresden 2 1/2 %...
Leipzig 2 1/2 %...
Halle 2 1/2 %...
Magdeburg 2 1/2 %...
Erfurt 2 1/2 %...
Münster 2 1/2 %...
Düsseldorf 2 1/2 %...
Aachen 2 1/2 %...
Trier 2 1/2 %...
Saarbrücken 2 1/2 %...
Karlsruhe 2 1/2 %...
Mannheim 2 1/2 %...
Heidelberg 2 1/2 %...
Frankfurt a. M. 2 1/2 %...
Hamburg 2 1/2 %...
Bremen 2 1/2 %...
Köln 2 1/2 %...
München 2 1/2 %...
Stuttgart 2 1/2 %...
Dresden 2 1/2 %...
Leipzig 2 1/2 %...
Halle 2 1/2 %...
Magdeburg 2 1/2 %...
Erfurt 2 1/2 %...
Münster 2 1/2 %...
Düsseldorf 2 1/2 %...
Aachen 2 1/2 %...
Trier 2 1/2 %...
Saarbrücken 2 1/2 %...
Karlsruhe 2 1/2 %...
Mannheim 2 1/2 %...
Heidelberg 2 1/2 %...
Frankfurt a. M. 2 1/2 %...
Hamburg 2 1/2 %...
Bremen 2 1/2 %...
Köln 2 1/2 %...
München 2 1/2 %...
Stuttgart 2 1/2 %...
Dresden 2 1/2 %...
Leipzig 2 1/2 %...
Halle 2 1/2 %...
Magdeburg 2 1/2 %...
Erfurt 2 1/2 %...
Münster 2 1/2 %...
Düsseldorf 2 1/2 %...
Aachen 2 1/2 %...
Trier 2 1/2 %...
Saarbrücken 2 1/2 %...
Karlsruhe 2 1/2 %...
Mannheim 2 1/2 %...
Heidelberg 2 1/2 %...
Frankfurt a. M. 2 1/2 %...
Hamburg 2 1/2 %...
Bremen 2 1/2 %...
Köln 2 1/2 %...
München 2 1/2 %...
Stuttgart 2 1/2 %...
Dresden 2 1/2 %...
Leipzig 2 1/2 %...
Halle 2 1/2 %...
Magdeburg 2 1/2 %...
Erfurt 2 1/2 %...
Münster 2 1/2 %...
Düsseldorf 2 1/2 %...
Aachen 2 1/2 %...
Trier 2 1/2 %...
Saarbrücken 2 1/2 %...
Karlsruhe 2 1/2 %...
Mannheim 2 1/2 %...
Heidelberg 2 1/2 %...
Frankfurt a. M. 2 1/2 %...
Hamburg 2 1/2 %...
Bremen 2 1/2 %...
Köln 2 1/2 %...
München 2 1/2 %...
Stuttgart 2 1/2 %...
Dresden 2 1/2 %...
Leipzig 2 1/2 %...
Halle 2 1/2 %...
Magdeburg 2 1/2 %...
Erfurt 2 1/2 %...
Münster 2 1/2 %...
Düsseldorf 2 1/2 %...
Aachen 2 1/2 %...
Trier 2 1/2 %...
Saarbrücken 2 1/2 %...
Karlsruhe 2 1/2 %...
Mannheim 2 1/2 %...
Heidelberg 2 1/2 %...
Frankfurt a. M. 2 1/2 %...
Hamburg 2 1/2 %...
Bremen 2 1/2 %...
Köln 2 1/2 %...
München 2 1/2 %...
Stuttgart 2 1/2 %...
Dresden 2 1/2 %...
Leipzig 2 1/2 %...
Halle 2 1/2 %...
Magdeburg 2 1/2 %...
Erfurt 2 1/2 %...
Münster 2 1/2 %...
Düsseldorf 2 1/2 %...
Aachen 2 1/2 %...
Trier 2 1/2 %...
Saarbrücken 2 1/2 %...
Karlsruhe 2 1/2 %...
Mannheim 2 1/2 %...
Heidelberg 2 1/2 %...
Frankfurt a. M. 2 1/2 %...
Hamburg 2 1/2 %...
Bremen 2 1/2 %...
Köln 2 1/2 %...
München 2 1/2 %...
Stuttgart 2 1/2 %...
Dresden 2 1/2 %...
Leipzig 2 1/2 %...
Halle 2 1/2 %...
Magdeburg 2 1/2 %...
Erfurt 2 1/2 %...
Münster 2 1/2 %...
Düsseldorf 2 1/2 %...
Aachen 2 1/2 %...
Trier 2 1/2 %...
Saarbrücken 2 1/2 %...
Karlsruhe 2 1/2 %...
Mannheim 2 1/2 %...
Heidelberg 2 1/2 %...
Frankfurt a. M. 2 1/2 %...
Hamburg 2 1/2 %...
Bremen 2 1/2 %...
Köln 2 1/2 %...
München 2 1/2 %...
Stuttgart 2 1/2 %...
Dresden 2 1/2 %...
Leipzig 2 1/2 %...
Halle 2 1/2 %...
Magdeburg 2 1/2 %...
Erfurt 2 1/2 %...
Münster 2 1/2 %...
Düsseldorf 2 1/2 %...
Aachen 2 1/2 %...
Trier 2 1/2 %...
Saarbrücken 2 1/2 %...
Karlsruhe 2 1/2 %...
Mannheim 2 1/2 %...
Heidelberg 2 1/2 %...
Frankfurt a. M. 2 1/2 %...
Hamburg 2 1/2 %...
Bremen 2 1/2 %...
Köln 2 1/2 %...
München 2 1/2 %...
Stuttgart 2 1/2 %...
Dresden 2 1/2 %...
Leipzig 2 1/2 %...
Halle 2 1/2 %...
Magdeburg 2 1/2 %...
Erfurt 2 1/2 %...
Münster 2 1/2 %...
Düsseldorf 2 1/2 %...
Aachen 2 1/2 %...
Trier 2 1/2 %...
Saarbrücken 2 1/2 %...
Karlsruhe 2 1/2 %...
Mannheim 2 1/2 %...
Heidelberg 2 1/2 %...
Frankfurt a. M. 2 1/2 %...
Hamburg 2 1/2 %...
Bremen 2 1/2 %...
Köln 2 1/2 %...
München 2 1/2 %...
Stuttgart 2 1/2 %...
Dresden 2 1/2 %...
Leipzig 2 1/2 %...
Halle 2 1/2 %...
Magdeburg 2 1/2 %...
Erfurt 2 1/2 %...
Münster 2 1/2 %...
Düsseldorf 2 1/2 %...
Aachen 2 1/2 %...
Trier 2 1/2 %...
Saarbrücken 2 1/2 %...
Karlsruhe 2 1/2 %...
Mannheim 2 1/2 %...
Heidelberg 2 1/2 %...
Frankfurt a. M. 2 1/2 %...
Hamburg 2 1/2 %...
Bremen 2 1/2 %...
Köln 2 1/2 %...
München 2 1/2 %...
Stuttgart 2 1/2 %...
Dresden 2 1/2 %...
Leipzig 2 1/2 %...
Halle 2 1/2 %...
Magdeburg 2 1/2 %...
Erfurt 2 1/2 %...
Münster 2 1/2 %...
Düsseldorf 2 1/2 %...
Aachen 2 1/2 %...
Trier 2 1/2 %...
Saarbrücken 2 1/2 %...
Karlsruhe 2 1/2 %...
Mannheim 2 1/2 %...
Heidelberg 2 1/2 %...
Frankfurt a. M. 2 1/2 %...
Hamburg 2 1/2 %...
Bremen 2 1/2 %...
Köln 2 1/2 %...
München 2 1/2 %...
Stuttgart 2 1/2 %...
Dresden 2 1/2 %...
Leipzig 2 1/2 %...
Halle 2 1/2 %...
Magdeburg 2 1/2 %...
Erfurt 2 1/2 %...
Münster 2 1/2 %...
Düsseldorf 2 1/2 %...
Aachen 2 1/2 %...
Trier 2 1/2 %...
Saarbrücken 2 1/2 %...
Karlsruhe 2 1/2 %...
Mannheim 2 1/2 %...
Heidelberg 2 1/2 %...
Frankfurt a. M. 2 1/2 %...
Hamburg 2 1/2 %...
Bremen 2 1/2 %...
Köln 2 1/2 %...
München 2 1/2 %...
Stuttgart 2 1/2 %...
Dresden 2 1/2 %...
Leipzig 2 1/2 %...
Halle 2 1/2 %...
Magdeburg 2 1/2 %...
Erfurt 2 1/2 %...
Münster 2 1/2 %...
Düsseldorf 2 1/2 %...
Aachen 2 1/2 %...
Trier 2 1/2 %...
Saarbrücken 2 1/2 %...
Karlsruhe 2 1/2 %...
Mannheim 2 1/2 %...
Heidelberg 2 1/2 %...
Frankfurt a. M. 2 1/2 %...
Hamburg 2 1/2 %...
Bremen 2 1/2 %...
Köln 2 1/2 %...
München 2 1/2 %...
Stuttgart 2 1/2 %...
Dresden 2 1/2 %...
Leipzig 2 1/2 %...
Halle 2 1/2 %...
Magdeburg 2 1/2 %...
Erfurt 2 1/2 %...
Münster 2 1/2 %...
Düsseldorf 2 1/2 %...
Aachen 2 1/2 %...
Trier 2 1/2 %...
Saarbrücken 2 1/2 %...
Karlsruhe 2 1/2 %...
Mannheim 2 1/2 %...
Heidelberg 2 1/2 %...
Frankfurt a. M. 2 1/2 %...
Hamburg 2 1/2 %...
Bremen 2 1/2 %...
Köln 2 1/2 %...
München 2 1/2 %...
Stuttgart 2 1/2 %...
Dresden 2 1/2 %...
Leipzig 2 1/2 %...
Halle 2 1/2 %...
Magdeburg 2 1/2 %...
Erfurt 2 1/2 %...
Münster 2 1/2 %...
Düsseldorf 2 1/2 %...
Aachen 2 1/2 %...
Trier 2 1/2 %...
Saarbrücken 2 1/2 %...
Karlsruhe 2 1/2 %...
Mannheim 2 1/2 %...
Heidelberg 2 1/2 %...
Frankfurt a. M. 2 1/2 %...
Hamburg 2 1/2 %...
Bremen 2 1/2 %...
Köln 2 1/2 %...
München 2 1/2 %...
Stuttgart 2 1/2 %...
Dresden 2 1/2 %...
Leipzig 2 1/2 %...
Halle 2 1/2 %...
Magdeburg 2 1/2 %...
Erfurt 2 1/2 %...
Münster 2 1/2 %...
Düsseldorf 2 1/2 %...
Aachen 2 1/2 %...
Trier 2 1/2 %...
Saarbrücken 2 1/2 %...
Karlsruhe 2 1/2 %...
Mannheim 2 1/2 %...
Heidelberg 2 1/2 %...
Frankfurt a. M. 2 1/2 %...
Hamburg 2 1/2 %...
Bremen 2 1/2 %...
Köln 2 1/2 %...
München 2 1/2 %...
Stuttgart 2 1/2 %...
Dresden 2 1/2 %...
Leipzig 2 1/2 %...
Halle 2 1/2 %...
Magdeburg 2 1/2 %...
Erfurt 2 1/2 %...
Münster 2 1/2 %...
Düsseldorf 2 1/2 %...
Aachen 2 1/2 %...
Trier 2 1/2 %...
Saarbrücken 2 1/2 %...
Karlsruhe 2 1/2 %...
Mannheim 2 1/2 %...
Heidelberg 2 1/2 %...
Frankfurt a. M. 2 1/2 %...
Hamburg 2 1/2 %...
Bremen 2 1/2 %...
Köln 2 1/2 %...
München 2 1/2 %...
Stuttgart 2 1/2 %...
Dresden 2 1/2 %...
Leipzig 2 1/2 %...
Halle 2 1/2 %...
Magdeburg 2 1/2 %...
Erfurt 2 1/2 %...
Münster 2 1/2 %...
Düsseldorf 2 1/2 %...
Aachen 2 1/2 %...
Trier 2 1/2 %...
Saarbrücken 2 1/2 %...
Karlsruhe 2 1/2 %...
Mannheim 2 1/2 %...
Heidelberg 2 1/2 %...
Frankfurt a. M. 2 1/2 %...
Hamburg 2 1/2 %...
Bremen 2 1/2 %...
Köln 2 1/2 %...
München 2 1/2 %...
Stuttgart 2 1/2 %...
Dresden 2 1/2 %...
Leipzig 2 1/2 %...
Halle 2 1/2 %...
Magdeburg 2 1/2 %...
Erfurt 2 1/2 %...
Münster 2 1/2 %...
Düsseldorf 2 1/2 %...
Aachen 2 1/2 %...
Trier 2 1/2 %...
Saarbrücken 2 1/2 %...
Karlsruhe 2 1/2 %...
Mannheim 2 1/2 %...
Heidelberg 2 1/2 %...
Frankfurt a. M. 2 1/2 %...
Hamburg 2 1/2 %...
Bremen 2 1/2 %...
Köln 2 1/2 %...
München 2 1/2 %...
Stuttgart 2 1/2 %...
Dresden 2 1/2 %...
Leipzig 2 1/2 %...
Halle 2 1/2 %...
Magdeburg 2 1/2 %...
Erfurt 2 1/2 %...
Münster 2 1/2 %...
Düsseldorf 2 1/2 %...
Aachen 2 1/2 %...
Trier 2 1/2 %...
Saarbrücken 2 1/2 %...
Karlsruhe 2 1/2 %...
Mannheim 2 1/2 %...
Heidelberg 2 1/2 %...
Frankfurt a. M. 2 1/2 %...
Hamburg 2 1/2 %...
Bremen 2 1/2 %...
Kö

Leipziger Börse.

24. Juni.

Wechsel.

Table with exchange rates for various locations including Amsterdam, London, and Paris.

Deutsche Fonds.

Table listing German bonds and securities with columns for title, interest rate, and price.

Table listing various stocks and securities with columns for title, interest rate, and price.

Table listing Eisenbahn-St.-Pr.-Actien (Railway Preference Shares).

Table listing Bank- u. Credit-Actien (Bank and Credit Shares).

Table listing Industrie-Act. Prioritäten u. Stamm-Prior. (Industrial Shares and Preferences).

Table listing Ausländische Fonds (Foreign Funds).

Table listing Eisenb.-Stamm-Act. (Railway Common Shares).

Table listing various stocks and securities with columns for title, interest rate, and price.

Table listing Eisenbahn-St.-Pr.-Actien (Railway Preference Shares).

Table listing Bank- u. Credit-Actien (Bank and Credit Shares).

Table listing Industrie-Act. Prioritäten u. Stamm-Prior. (Industrial Shares and Preferences).

Table listing Ausländische Fonds (Foreign Funds).

Table listing Eisenb.-Stamm-Act. (Railway Common Shares).

Table listing various stocks and securities with columns for title, interest rate, and price.

Table listing Eisenbahn-St.-Pr.-Actien (Railway Preference Shares).

Table listing Bank- u. Credit-Actien (Bank and Credit Shares).

Table listing Industrie-Act. Prioritäten u. Stamm-Prior. (Industrial Shares and Preferences).

Table listing Ausländische Fonds (Foreign Funds).

Table listing Eisenb.-Stamm-Act. (Railway Common Shares).

Table listing various stocks and securities with columns for title, interest rate, and price.

Table listing Eisenbahn-St.-Pr.-Actien (Railway Preference Shares).

Table listing Bank- u. Credit-Actien (Bank and Credit Shares).

Table listing Industrie-Act. Prioritäten u. Stamm-Prior. (Industrial Shares and Preferences).

Table listing Ausländische Fonds (Foreign Funds).

Table listing Eisenb.-Stamm-Act. (Railway Common Shares).

Table listing various stocks and securities with columns for title, interest rate, and price.

Table listing Eisenb.-Stamm-Act. (Railway Common Shares).

Table listing Eisenb.-Stamm-Act. (Railway Common Shares).

Table listing Eisenb.-Stamm-Act. (Railway Common Shares).

Table listing Eisenb.-Stamm-Act. (Railway Common Shares).

Table listing Eisenb.-Stamm-Act. (Railway Common Shares).

Table listing Eisenb.-Stamm-Act. (Railway Common Shares).

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Mittwoch, 25. Juni. Gastdarstellung des Herrn August Junfermann, vom Königl. Hoftheater in Stuttgart. Dufel Bräsig. Bacharias Bräsig. Herr August Junfermann. (171. Abonnements-Vorstellung.)

Altes Theater. Mittwoch, 25. Juni. Madame Favart. Komische Oper in 3 Acten von Elyot und Duru. Musik von Jacques Offenbach.

